



25.026

**Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative****Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir führen eine allgemeine Aussprache über die Volksinitiative in Vorlage 1 und behandeln auch das Eintreten auf den direkten Gegenentwurf in Vorlage 2.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Die Nachhaltigkeits-Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" und der direkte Gegenentwurf haben die Kommission intensiv beschäftigt. Wir sind uns einig, dass man die Migration dämpfen soll und deren Auswirkungen zu meistern sein müssen. Wir haben extra auch Anhörungen durchgeführt, was man dagegen tun könnte, und es liegen verschiedene Massnahmen vor, die einerseits in der Verfassung verankert sind oder andererseits bereits in Vorstössen gefordert wurden.

Die Migrationsfrage ist zweifelsfrei eine der Fragen, die die Bevölkerung heute am meisten beschäftigen; das kann man nicht wegdiskutieren. Wie man damit umgehen soll, dass wir immer noch stärker wachsen, darüber gehen die Meinungen in der Kommission weit auseinander. Man kann feststellen, dass in der Bundesverfassung bis und mit einem Kontingentsystem – das ist der berühmte Artikel 121a gemäss Masseneinwanderungs-Initiative – eigentlich alles verankert ist. Verschiedene Votanten haben in der Kommission auch andere Modelle ins Spiel gebracht. Eine Auswahl: die Möglichkeit von Einwanderungs- und Lenkungsabgaben; die Frage, ob Inländer und Inländerinnen ihre Pensen erhöhen sollten, damit man weniger auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist; die Beschränkung des Familiennachzugs; die Frage, ob man mehr L-, also Kurzzeitbewilligungen, oder B-Bewilligungen ausstellen soll; Ausbildung und Berufsbildung und die verstärkte Förderung des einheimischen Fachkräftepotenzials.

Letztlich muss man auch feststellen, dass die Bevölkerung in Bezug auf den Infrastrukturausbau aufgrund der Bevölkerungszunahme kritischer unterwegs ist als auch schon. Sie mögen sich erinnern: Am 24. November letzten Jahres wurde der Step Nationalstrassen unter anderem mit solchen Argumenten abgelehnt.

Der Konsens der Mehrheit der SPK ist aber, dass man keine starren Obergrenzen will, wie das in der Initiative vorgesehen ist, und dass man ebenfalls keine Kündigung der Bilateralen Verträge riskieren will. Deshalb wurde in verschiedenen Voten die Schutzklausel in den Verträgen mit der EU erwähnt, und es wurde diskutiert, ob sie als Massnahme gegen die Zuwanderung tauglich wäre. Die Schutzklausel im Paket wurde sehr kritisch beurteilt: Einerseits gibt man dem Bundesrat natürlich recht, dass er in den Verhandlungen etwas herausgeholt habe, andererseits wurde die Wirksamkeit der Schutzklausel nicht per se als positiv beurteilt, weil – das muss man auch in Betracht ziehen – im ganzen Verhandlungspaket aufgrund der Unionsbürgerrichtlinie auch eine Ausweitung der Migration durch Familiennachzug von Nichterwerbstätigen stattfinden kann. Also hier gibt es Licht und Schatten, wenn man die Diskussionen verfolgt.

Die Mehrheit der Kommission hat deshalb entschieden, bei dieser Nachhaltigkeits-Initiative wie folgt vorzugehen: Sie empfiehlt die Kündigungs-Initiative bzw. die Nachhaltigkeits-Initiative, wie man bei den Initianten sagt, zur Ablehnung. Wir haben von der Kündigungs-Initiative gesprochen, weil sie in den Übergangsbestimmungen eben einen Kündigungscharakter hat, wenn es um die Personenfreizügigkeit geht. Dort ist ein Grenzwert von 10 Millionen vorgesehen, und wenn nach zwei Jahren und trotz Gegenmassnahmen wie dem Aktivieren der



Schutzklausel kein Erfolg eintritt, muss man die Personenfreizügigkeit kündigen. Das wird so im Initiativtext erwähnt.

Ich mache hier klar darauf aufmerksam: Muss die Personenfreizügigkeit gemäss Nachhaltigkeits-Initiative gekündigt werden, ist es automatisch auch so, dass die Guillotineklausel in Artikel 25 Absatz 4 des Personenfreizügigkeitsabkommens greifen wird und die ganzen Bilateralen I anlässlich der Kündigung der Personenfreizügigkeit wegfallen. Dieser Automatismus wurde so verhandelt, er lässt sich nicht wegdiskutieren.

Noch einmal: Würde die 10-Millionen-Grenze erreicht, würden die Massnahmen nach zwei Jahren nicht greifen und müsste die Personenfreizügigkeit gekündigt werden, müsste aufgrund dieser Initiative letztlich der bilaterale Weg verlassen werden. Die Bilateralen I mit der Guillotineklausel würden vollständig wegfallen, und damit wären die Bilateralen II und Schengen/Dublin infrage gestellt. Das würde beispielsweise

AB 2025 N 1719 / BO 2025 N 1719

bedeuten, dass das Luftfahrtabkommen hinfällig würde oder dass man beim ganzen Schengen-Informationssystem sowie beim Dublin-System keine Möglichkeit mehr hätte, Asylsuchende an der Grenze effektiv ins Erstaufnahmeland zurückzuschicken, sofern dort der Job nicht gemacht wurde.

Zusammengefasst war sich die Mehrheit der Kommission wie auch die Mehrheit der Fraktionen einig, dass diese Initiative, welche die Kündigung der Bilateralen I riskiert, einen typischen Fall von "das Kind mit dem Bade ausschütten" darstellt. Die Mehrheit der Kommission will nicht, dass man mit dieser Initiative riskiert, das Kind mit dem Bade auszuschütten, und dass damit der bilaterale Weg gefährdet wird.

Ich komme zur Ablehnung des Gegenentwurfes. Vorlage 2 beinhaltet einen direkten Gegenentwurf. Die Kommission hat mit einer sehr deutlichen Mehrheit gesagt, dass sie den Gegenentwurf ablehnt. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass der Gegenentwurf die zwei grundlegenden Ziele eines Gegenentwurfes nicht erfüllen kann: erstens den Rückzug der Initiative und zweitens, dass es ein Dispositiv ist, die Initiative zu bekämpfen. Warum?

Der Gegenentwurf setzt ebenfalls starre Grenzwerte – ich habe Ihnen erläutert, dass die Grenzwerte von 9,5 und 10 Millionen nicht im Interesse der Kommission sind. Er bleibt inhaltlich sehr vage, und vor allem in Bezug auf konkrete Massnahmen findet man nichts, was nicht irgendwie bereits schon in der Verfassung verankert wäre. Angesichts dessen, was in der Verfassung bereits verankert ist, gibt es keinen Notstand, den Gegenentwurf anzunehmen. In der Verfassung ist die Zuständigkeit betreffend Arbeitsmarkt geregelt. Artikel 121a der Bundesverfassung regelt den Erlass von Kontingentsystemen, dies auch bezüglich Arbeitsmigration oder Migration im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit. Das heisst, der inhaltliche Teil des Gegenentwurfes ist sehr vage und trägt nichts zu einer Konkretisierung der Politik bei. Es ist nicht so, dass es keine Verfassungsgrundlage gäbe, um alle möglichen Massnahmen bis und mit einem Kontingentsystem ergreifen zu können.

Es ist auch so, dass die Schutzklausel, welche der Bundesrat in den EU-Verträgen ausgehandelt hat, sehr kritisch beurteilt wurde – selbst von der Minderheit II, die Sie dann nachher noch hören werden. Sie wurde als nicht tauglich erachtet, um einen Gegenentwurf zu dieser Initiative zu präsentieren. Ich nehme an, Kollege Pfister wird dazu noch einige Ausführungen machen.

Der Gegenentwurf bietet also aus Sicht der Mehrheit der Kommission keinen Mehrwert. Natürlich muss man den Gegenentwurf und die Beratung auch dahin gehend anschauen, wie sich die Abstimmungskaskade zu den EU-Verträgen und zur Volksinitiative ausgestalten würde. Die Überlegungen zu den kommenden Abstimmungsvorlagen terminlicher Art sehen wie folgt aus:

Zu den Fristen bezüglich der Volksabstimmung: Ohne einen Gegenentwurf wäre bis ungefähr spätestens August 2027 eine Volksabstimmung möglich. Mit einem Gegenentwurf würde sich das Ganze um mindestens ein Jahr nach hinten verschieben. Die Mehrheit will, dass die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" vor dem EU-Paket an die Urne gebracht wird. Die Mehrheit ist auch der Auffassung, dass man jetzt hier die Reihen schliessen soll, um gegen die Initiative vorgehen zu können. Die Diskussion über eine mögliche Ausweitung der bilateralen Verträge mit der EU sollte erst danach erfolgen.

In diesem Sinne stellt die Mehrheit der SPK-N folgende Anträge:

Vorlage 1: Empfehlung, die Volksinitiative abzulehnen. Der Entscheid fiel mit 16 zu 9 Stimmen;

Vorlage 2: Nichteintreten auf den direkten Gegenentwurf. Der Entscheid fiel mit 19 zu 6 Stimmen. Die Minderheit II, die auf der Fahne steht, wird nachher das Wort erhalten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anträgen der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Matter Thomas (V, ZH): Herr Kollege Wasserfallen, die Initiative heisst "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)". Wie kommen Sie dazu, als Kommissionssprecher von einer Kündigungs-Initiative zu



sprechen? Sie sind Kommissionssprecher. Es muss gar nichts gekündigt werden – ausser, Sie halten an der Massenzuwanderung fest.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Herr Kollege Matter, dann müssen Sie den eigenen Initiativtext lesen. Ich lese ihn Ihnen vor: "Ist der Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1 nach Ablauf von zwei Jahren seit seiner erstmaligen Überschreitung noch nicht wieder eingehalten und konnten bis dahin keine Ausnahme- oder Schutzklauseln ausgehandelt oder angerufen werden, mit denen die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 erreicht wird, so ist auch das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Personenfreizügigkeitsabkommen) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen." Das ist der offizielle Begriff, der in den Übergangsbestimmungen erwähnt wird. Den habe ich nicht geschrieben, da waren Sie wahrscheinlich näher dran.

Aeschi Thomas (V, ZG): Herr Wasserfallen, Sie haben gesagt, mit dieser Initiative riskiere man, dass es zur Kündigung des Freizügigkeitsabkommens komme. Sind Sie mit der Aussage einverstanden, dass es eben nicht zu einer Kündigung kommt, wenn sich die Wirtschaft mässigt und die Zuwanderung auf noch knapp 40 000 Personen netto pro Jahr beschränkt und wir entsprechend die Schwelle von 10 Millionen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Das können Sie wünschen oder nicht wünschen, wir können das nicht direkt beeinflussen. Fakt ist einfach, Herr Aeschi, und in Ihrem Initiativtext ist das hinreichend konkret geschildert: Wenn es anders kommt, wenn zwei Jahre nach dem Erreichen der 10-Millionen-Grenze keine Massnahmen greifen, dann müssen wir die Personenfreizügigkeit kündigen. Und nach Artikel 25 Absatz 4 des Freizügigkeitsabkommens, der Guillotineklausel, fallen dann sämtliche Verträge weg. Das ist einfach Tatsache und die Konsequenz Ihres Initiativtexts.

Egger Mike (V, SG): Herr Kollege Wasserfallen, heisst es nicht in Artikel 121a der Bundesverfassung, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Das ist korrekt, Herr Egger, und es ist auch korrekt, dass man diesen Artikel zur Zuwanderung, diesen Artikel 121a der Bundesverfassung mit dem Inländervorrang light, nicht umgesetzt hat. Es gab damals wie heute den Konsens, dass man gesagt hat, man will keine Kündigung der Bilateralen Abkommen I riskieren, indem man das Kontingentsystem, das ich zweimal erwähnt habe, anwendet. Das Thema ist ja hier, dass man beim Inländervorrang light eine Nichtdiskriminierung zwischen Schweizern und hier arbeitenden Ausländern gemacht hat. Ich muss Ihnen recht geben: Die Initiative "gegen Masseneinwanderung" und Artikel 121a der Bundesverfassung wurden in diesem Sinne nie umgesetzt.

Strupler Manuel (V, TG): Herr Kollege Wasserfallen, Sie haben dazu aufgerufen, dass man hier die Reihen schliesst und die Initiative gemeinsam bekämpft. Meine Frage ist: Möchte die Mehrheit der Kommission eine 10-Millionen-Schweiz oder eine Schweiz mit noch mehr Menschen? Sie haben ja davon gesprochen, dass man die Bilateralen Abkommen I kündigen müsste. Hat die Kommission darüber diskutiert? Möchte sie, dass mehr als 10 Millionen Menschen in der Schweiz leben, mit allen Problemen, die dadurch hinzukommen?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Nein, das war nicht die Frage, die sich die Kommission stellte. Die Kommission war zuständig, eine konkrete Initiative zu diskutieren – einen konkreten Initiativtext und konkrete Gegenentwürfe wie zum Beispiel denjenigen, der aus der Mitte-Fraktion kommt. Wir kamen zum Schluss, dass wir erstens mit dieser Initiative die Probleme nicht lösen können und zweitens mit starren Grenzen und der Guillotineklausel die Bilateralen I

AB 2025 N 1720 / BO 2025 N 1720

und indirekt auch die Bilateralen II riskieren. Das möchte die Mehrheit der Kommission nicht.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Herr Kollege Wasserfallen, Sie haben vorhin gesagt, man wolle das Verhältnis zur EU nicht riskieren, indem man nicht umsetzt, was in der Verfassung steht. Wer ist denn "man"? Wen meinen Sie damit?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich erinnere Sie einfach an die jüngste Vergangenheit dieses Dossiers. Nach ziemlich heftigen Debatten haben wir den Inländervorrang light eingeführt – da waren Sie dabei. Die SVP-Fraktion und die SVP haben damals zum Beispiel auch nicht das Referendum ergriffen.



Man hätte dagegen eine Volksabstimmung machen können, wenn Sie nicht einverstanden gewesen wären. Aber es ist so, ich habe das vorhin bei der Antwort auf die Frage von Herrn Egger gesagt, dass das Kontingentsystem in der Schweiz nicht eingeführt wurde, weil die Mehrheit dieses Rates – das ist "man" – der Auffassung war, dass man erstens die Bilateralen I nicht riskieren will und dass man zweitens eine Nichtdiskriminierung zwischen hier arbeitenden Ausländern und Schweizern im Arbeitsmarkt sicherstellen will.

Dettling Marcel (V, SZ): Herr Kollege Wasserfallen, Sie haben als Kommissionssprecher jetzt immer nur von der Kündigung gesprochen; diese kommt erst, wenn 2050 mehr als 10 Millionen Einwohner in diesem Land leben. Das Geniale an der Initiative ist ja, dass eben im Asylbereich bereits bei 9,5 Millionen gehandelt werden muss. Warum haben Sie dazu keine Ausführungen gemacht?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Weil diese Thematik nicht im Zentrum der Kommissionsdebatte stand. Die Kommission ist sich einfach der Konsequenzen bewusst, also dessen, was passiert, wenn man diese 10 Millionen erreicht. Sie haben mit dem Titel "Keine 10-Millionen-Schweiz" diese Grenze ja auch klar hervorgehoben. Ich weiss, dass Sie auch kein Fan der Personenfreizügigkeit sind, Herr Dettling; das weiss ich. Die Personenfreizügigkeit führt zu Problemen. Aber die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten soll und dass man mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit auch das Ende der Bilateralen I riskieren würde. Das ist die Mehrheitsmeinung der Kommission.

Hübscher Martin (V, ZH): Herr Kollege, Sie haben jetzt als Kommissionssprecher ausgeführt, wieso Sie von einer Kündigungs-Initiative sprechen und wieso der vorliegende Gegenvorschlag nicht unterstützt werden soll. Sie haben die 10-Millionen-Grenze angesprochen. Hat die Kommission auch einen anderen Gegenvorschlag bzw. eine andere Grenze diskutiert, ab welcher sie das Wachstum als Problem betrachtet? Oder wurde das in der Kommission nicht diskutiert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich kann jetzt nicht über irgendwelche imaginären Gegenvorschläge referieren, diese existieren nicht. Es gibt einen Gegenvorschlag, der präsentiert wurde und der jetzt auch zur Diskussion und zur Abstimmung steht. Diesen sehen Sie im Entwurf 2. Das ist ein direkter Gegenentwurf – auf Verfassungsebene. Kollege Pfister wird seine Ausführungen dazu machen, welche Überlegungen er anstellte. Aber andere Gegenvorschläge in diesem Sinne wurden nicht diskutiert.

Badran Jacqueline (S, ZH): Kollege Wasserfallen, Kollege Aeschi hat Ihnen vorhin eine Frage gestellt und hat gesagt, wenn die Wirtschaft sich mässigen würde, dann käme es gar nicht zu mehr als 10 Millionen Einwohnern im besagten Zeitraum. Heisst das, dass die Initiative gar nicht nötig wäre und sich einfach die Wirtschaft mässigen könnte? Wurde das in der Kommission diskutiert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Wie gesagt, Frau Kollegin Badran, das ist mehr als Kaffeesatzlesen. Es gibt ja im Grunde genommen drei verschiedene Migrationsströme, welche die Schweiz betreffen. Das ist erstens die Migration aufgrund der Personenfreizügigkeit. Das ist per Definition Arbeitsmigration. Dort hat die Wirtschaft einen direkten Hebel, wie viele Leute sie aus dem EU- und EFTA-Ausland anstellt oder nicht. Man hat zweitens einen Hebel bei den Drittstaatenkontingenten, also der Einwanderung aus China, den USA, Indien usw. Diese Einwanderung ist ja kontingentiert. Diese Leute werden von der Wirtschaft nachgefragt. Dann hat man drittens noch die Asilmigration. Diese kann die Wirtschaft kaum beeinflussen. Und auch dort müssen wir unseren Verpflichtungen nachkommen. Was wir politisch am meisten beeinflussen können – und das geht dann in Richtung Unionsbürgerrichtlinie in den EU-Verträgen –, ist die Regelung in Bezug auf den Familiennachzug. Wie gross darf er sein? Aber man kann Ihre Frage nicht einfach beantworten, indem man sagt, die Wirtschaft sei alleine verantwortlich für die Einwanderung.

Wettstein Felix (G, SO): Herr Kollege Wasserfallen, ich habe auch eine Frage dazu, worüber die Kommission diskutiert hat. Zwei Aspekte, die ebenfalls zu einer Steigerung der Anzahl Menschen in der Schweiz führen, haben Sie jetzt nicht genannt: Erstens ist die zunehmende Lebenserwartung ein wichtiger Faktor, der dazu führt, dass die Bevölkerung insgesamt zunimmt. Zweitens haben wir aus Gründen der Weiterbildung, vor allem auf Hochschulebene, eine beträchtliche Zuwanderung. Wurden diese beiden Aspekte diskutiert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ein Aspekt, der mit der Demografie zusammenhängt, ist die steigende Lebenserwartung. Dieser wurde in den Anhörungen klar ersichtlich. Man könnte daher auch die Überlegung machen, dass die Leute länger arbeiten sollen, Stichwort Referenzalter. Diese Lösung befürworten Sie wahrscheinlich nicht unbedingt, aber das ist ein Thema. Wenn die Leute, die länger leben, länger arbeiten



würden, hätte man mehr Potenzial für mehr Vollzeitäquivalente. Wenn die Inländer, die Schweizerinnen und Schweizer und die hier ansässigen Ausländerinnen und Ausländer, mehr arbeiten würden, müsste man im Rahmen der Personenfreizügigkeit weniger Leute anstellen. Das sind auch direkte Zusammenhänge. Aber ich weiss nicht, ob Sie zu dieser Lösung Hand bieten würden, Herr Wettstein.

Tschopp Jean (S, VD), pour la commission: Si le dossier européen était un menu, l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" ne serait qu'une mise en bouche, et, pourtant, son acceptation nous empêcherait de passer à table. Avec la clause guillotine, les accords bilatéraux appartiendraient au passé et, s'agissant des Bilatérales III, ce serait un accord mort-né. Avec mon collègue Christian Wasserfallen, comme rapporteurs pour l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions !", nous vous expliquons pourquoi nous sommes une majorité à recommander de la rejeter.

La Commission des institutions politiques s'est réunie à deux reprises, une première fois à la mi-mai pour entendre le Conseil fédéral et le comité d'initiative, puis le 27 juin 2025 pour entendre les experts et les acteurs impliqués dans la vie économique et sociale. Que prévoit l'initiative ? La population suisse résidente permanente ne devrait pas dépasser 10 millions d'habitants avant 2050. Après 2050, chaque année, le Conseil fédéral pourrait adapter, par voie d'ordonnance, le nombre d'habitants en fonction de l'accroissement naturel, mais pas pour d'autres raisons, comme la guerre en Ukraine, par exemple. Avant 2050, si la population résidente atteignait 9,5 millions d'habitants, le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale prendraient des mesures en matière d'asile et de regroupement familial pour assurer le respect de la valeur limite de 10 millions. Le Conseil fédéral devrait présenter un projet de loi à 9,5 millions d'habitants déjà. Nous sommes actuellement 9 086 000 habitants. Le seuil de 9,5 millions d'habitants sera très vraisemblablement franchi avant 2050. Dans 6 ou 7 ans, ce Parlement pourrait donc déjà devoir débattre des traités à dénoncer. Notre pays serait très vite isolé.

AB 2025 N 1721 / BO 2025 N 1721

Quels sont les effets de l'initiative ? L'effet le plus tangible de l'initiative est la dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes, qui interviendrait 2 ans après le dépassement de la limite de 10 millions ; une obligation directement applicable, souligne la professeure Epiney. Au moment de l'acceptation de l'initiative populaire "contre l'immigration de masse", le Parlement avait pu se contenter d'un accès anticipé aux offres d'emploi pour les chômeurs indigènes en évitant de dénoncer l'Accord sur la libre circulation des personnes. Cette fois, ce ne serait pas possible, il n'y a pas de plan B. La résiliation de cet accord aurait pour conséquence le retour au statut de saisonnier. Les partenaires sociaux ont insisté sur la pénurie de personnel qui s'accroîtra encore ces prochaines années. Selon Economiesuisse, d'ici 2035, il manquera 460 000 équivalents plein temps sur le marché suisse du travail. Le secteur des soins et des EMS est un de ceux qui seraient les plus affectés par l'initiative, a fortiori, vu le vieillissement de la population. Dans les hôpitaux, près d'un tiers du personnel soignant est étranger ; dans les EMS, c'est pratiquement la moitié. La pénurie s'aggraverait, avec l'acceptation de l'initiative, en s'étendant à des secteurs entiers dépendant largement de personnel étranger, dans l'industrie, la construction, l'hôtellerie, la restauration, par exemple. Economiesuisse dépeint un avenir où les États seront de plus en plus en concurrence pour attirer le personnel étranger dont l'économie a besoin. La main-d'œuvre étrangère et l'immigration font partie de la solution. L'Union syndicale suisse est du même avis. Cette convergence peut surprendre, mais en réalité pas tellement, car l'emploi est le dénominateur commun entre patronat et syndicat.

Communes urbaines et intermédiaires, les agglomérations comptent 84 pour cent des habitants du pays. L'Union des villes suisses a exprimé de vives préoccupations devant la commission. L'immigration est tournée vers le monde du travail et les villes ont besoin de main-d'œuvre. Comment financer nos retraites ? Quelle est la disponibilité en main-d'œuvre ? Les structures d'âge et les taux de natalité sont essentiels pour la durabilité. Ces questions auraient dû être clarifiées avant la fixation d'un seuil arbitraire à 9,5 ou 10 millions d'habitants. Un plafond à 9,5 millions nous priverait de population active et de jeunes travailleurs étrangers. Le recul de la population en âge de travailler pourrait être déjà de 5 pour cent en 2035. La majorité des immigrés ont entre 20 et 39 ans. Ils compensent le vieillissement de la population. Les travailleurs européens sont des contributeurs nets d'impôts qui participent au financement de notre AVS. Pour Economiesuisse, le recours aux travailleurs étrangers est le meilleur moyen de compenser le départ à la retraite des baby-boomers. L'Union syndicale suisse souligne que l'immigration se déploie indépendamment du système légal. Au fond, qui garder, qui refuser, qui renvoyer, comment faire le tri ? La gestion d'un plafond à 9,5 millions ou 10 millions est bureaucratique et laborieuse. La majorité de la commission en a abondamment débattu et le redoute. Le scénario d'une croissance démographique sans fin est incertain. Depuis 2022, le taux de natalité en Suisse est de 1,2 enfant par



femme, toutes populations confondues. Il n'a jamais été aussi bas. En cas de diminution de la population, qui reprendre et dans quel ordre ? Là aussi, rien n'est simple. L'initiative déploierait ses effets rapidement tout en les installant dans la durée avec un carcan dont nous ne pourrions pas nous défaire.

L'Accord sur la libre circulation des personnes n'est pas le seul accord menacé par l'initiative dont nous discutons. La dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes entraînerait la clause guillotine sur les autres accords bilatéraux. Le message du Conseil fédéral cite l'accord Schengen-Dublin comme étant directement dans la cible de l'initiative. Sans accès à la base de données Schengen, la sécurité de la Suisse serait affaiblie. La dénonciation de l'accord de Dublin augmenterait les demandes d'asile, sans possibilité pour la Suisse, au cœur de l'Europe géographique, de contraindre les États à reprendre des requérants d'asile ayant déposé une première demande sur leur sol. Les dispositions transitoires de l'initiative précisent que, en vue d'éviter le passage à 10 millions, le Conseil fédéral doit s'efforcer de renégocier les accords internationaux qui favorisent la croissance démographique ou de négocier des clauses d'exception ou de sauvegarde. Quels sont ces accords favorisant la croissance démographique ? Le gouvernement mentionne notamment la Convention européenne des droits de l'homme, dont l'article 8 protège la vie privée et familiale et le droit au regroupement familial. La Convention sur les droits de l'enfant, si la Convention européenne des droits de l'homme tombe, est aussi menacée. Très peu de ces accords prévoient des clauses d'exception, et on conçoit mal que les États parties les tolèrent. Le risque de dénoncer ces accords est donc réel.

Pour les minorités de la commission et le comité d'initiative, la quasi-totalité des problèmes auxquels la Suisse fait face sont liés à une croissance démographique "effrénée et incontrôlée". À leurs yeux, les collectivités publiques n'entreprennent rien contre cette croissance, les immigrés devraient en permanence être soignés et nourris par des professionnels eux-mêmes immigrés et les hautes écoles seraient énormément sollicitées par les immigrés. Et la réponse serait l'initiative. Refuser cette initiative ne doit pas être un oreiller de paresse pour éviter de relever les défis du développement démographique, vieillissement de la population, baisse de la population active, qualité de vie, pouvoir d'achat.

La minorité II (Pfister Gerhard) défend l'introduction d'une clause de sauvegarde comme contre-projet direct à l'initiative. Le projet d'article constitutionnel qui reprend le plafond de l'initiative est une mauvaise piste pour la commission, qui a rejeté cette proposition par 19 voix contre 6. Le contre-projet n'aurait pas permis le retrait de l'initiative. Le paquet Suisse-Union européenne prévoit déjà une clause de sauvegarde qui permettra de tirer le frein à main rapidement. Le déclencheur de cette clause de sauvegarde réside dans la survenance de problèmes économiques. Si le nombre de travailleurs européens augmente sensiblement d'une année à l'autre et que le taux de chômage prend l'ascenseur, la Confédération pourra donner la priorité aux chômeurs suisses. C'est en quelque sorte un contre-projet indirect à l'initiative.

L'initiative UDC intervient dans un contexte géopolitique très instable. Les États-Unis malmènent notre pays avec le coup des F-35 et les droits de douane à 39 pour cent. Les guerres que l'on pensait révolues se multiplient. La Suisse a tout intérêt à resserrer ses liens avec ses voisins. L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !", ou à 9,5 millions, c'est choisir l'isolement dans un contexte déjà fragile. En 2026, c'est le peuple qui aura le dernier mot. Tout commence maintenant, et chaque jour qui nous sépare de la votation a son importance dans la formation de l'opinion.

La sécurité plutôt que le saut dans le vide, miser sur nos forces plutôt que s'aventurer dans une impasse. Par 16 voix contre 9, la Commission des institutions politiques vous propose de recommander le rejet de l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !".

Nicolet Jacques (V, VD): Cher collègue Tschopp, vous vous exprimez au nom de la commission. La commission a-t-elle abordé les questions relatives à la saturation de nos infrastructures, de nos écoles, de nos hôpitaux, de nos routes, de nos transports publics, de nos logements également, ainsi que la question relative à l'abandon et à la perte de plus de 5 hectares de terre agricole chaque jour dans ce pays ?

Tschopp Jean (S, VD), pour la commission: Merci cher collègue Nicolet pour cette question. Oui, la commission a abordé ces sujets. Comme je l'ai dit, le développement démographique est un véritable défi pour notre pays, aussi bien s'agissant de l'accès au logement que des terres agricoles qui diminuent. On peut citer également la qualité de vie, le pouvoir d'achat, le développement de nos infrastructures. Le refus de cette initiative ne doit pas être un oreiller de paresse pour penser ces questions et pour que le politique y apporte des réponses.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Monsieur le conseiller national, vous venez de légitimer toute une série de questions qui sont



AB 2025 N 1722 / BO 2025 N 1722

soulevées par l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions !". Or, vous avez été très laconique sur le contre-projet direct. Je sais que notre collègue, M. Gerhard Pfister, justifiera tout à l'heure abondamment l'importance du contre-projet direct.

Ma question est la suivante: pour la commission et de votre propre avis, ne pensez-vous pas que le contre-projet direct permettra justement d'aborder les questions liées au logement, aux infrastructures et à la mobilité, qui sont des questions auxquelles la population doit absolument avoir des réponses ?

Tschopp Jean (S, VD), pour la commission: Le contre-projet direct, qui a été débattu en commission, a été écarté, par 19 voix contre 6. Le problème est qu'il reprend les mêmes plafonds que ceux de l'initiative, qui ne répondent pas à une évaluation réelle du développement de la population. C'est donc plutôt dans les Bilatérales III que des éléments de réponse se trouvent, qui, en quelque sorte, est un contre-projet indirect, tel que je l'ai indiqué.

Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): M. Schmid va présenter la proposition de sa minorité. Il s'exprimera également au nom du groupe UDC.

Schmid Pascal (V, TG): Im Jahr 2000 hatte die Schweiz rund 7 Millionen Einwohner, heute sind wir bei 9,1 Millionen; das entspricht einer Zunahme von 2 Millionen in 25 Jahren. Vor der Abstimmung über die Bilateralen am 21. Mai 2000 versprach der Bundesrat dem Volk, pro Jahr würden 8000, maximal 10 000 Personen kommen und die Ängste, dass die Personenfreizügigkeit zu einer starken Erhöhung der Zuwanderung führen werde, seien völlig unbegründet. Heute wissen wir es besser. Falscher hätte der Bundesrat damals nicht liegen können. Gekommen sind nicht 8000, sondern durchschnittlich 50 000 pro Jahr, total mehr als eine Million und damit 900 000 mehr als vom Bundesrat bei der Abstimmung vorausgesagt. In derselben Zeit kamen 520 000 Asylmigranten ins Land; hinzu kamen 120 000 Personen mit Schutzstatus S. Als ob das noch nicht genug wäre, fliegt der Bundesrat weitere Asylmigranten direkt ins Land ein, über den Familiennachzug, über das Resettlement und künftig nach dem Willen des Parlamentes ja auch noch über den EU-Solidaritätsmechanismus. Hier noch mehr, da noch mehr, dort noch mehr: Seit dem Jahr 2000 wuchs die Bevölkerung der Schweiz, das muss man sich einmal vorstellen, 16-mal schneller als jene von Deutschland. Was zu viel ist, ist einfach zu viel.

Die wichtige Frage wäre eigentlich: Was hat denn diese massive Zuwanderung unserer Bevölkerung gebracht? Das ist die Frage, die sich der Bundesrat, die sich das Parlament hier drin stellen müsste. Die Zuwanderung steigerte das Bruttoinlandprodukt, aber nicht pro Kopf. Einzelne haben profitiert, aber die grosse Mehrheit zählt zu den Verlierern. Sie haben an Lebensqualität eingebüsst, und sie fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land. Integration ist ja auch eine Mengenfrage. Wenn es zu viele sind, die kommen, dann kann Integration gar nicht mehr funktionieren. Landauf, landab wird alles zubetoniert, die Mietpreise steigen, die Stautunden nehmen zu, die Züge sind überfüllt, die Schulen sind überlastet, die Schweizer Kinder sind in der Minderheit. Man muss ja blind sein, wenn man nicht sieht, dass diese massive Zuwanderung nicht gesund ist.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt, der in der Politik sehr gerne schöngeredet wird, vor allem von der linken Seite: Mit der Zuwanderung importieren wir Probleme, Gewalt und Kriminalität aus der ganzen Welt. Allein in den letzten fünf Jahren ist die Kriminalität in diesem Land um 30 Prozent gestiegen – in nur fünf Jahren. Zwei Drittel der Straftäter sind Ausländer. Zwei Drittel – in welchem Land der Welt gibt es denn so etwas?

Das alles zeigt deutlich, was in diesem Land falsch läuft. Kein Wunder, wollte das Volk 2014 mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative die Reissleine ziehen. Es nahm sie an, doch der Volkswille wurde hier drin mit Füßen getreten. Der Kommissionssprecher, Herr Wasserfallen, hat vorhin hier drin bestätigt, dass die Umsetzung nicht stattgefunden hat. Artikel 121a steht noch immer in der Bundesverfassung, doch er wird hier in Bern komplett ignoriert. Man tut nichts, um die Zuwanderung auch nur ein bisschen zu bremsen. Der Bundesrat hat sogar mehrfach festgehalten, dass es für ihn keine Obergrenze bei der Zuwanderung gibt.

Ich staune über den Gegenvorschlag und über die vielen Vorschläge, die von den anderen Parteien nun plötzlich aus dem Hut gezaubert werden. Wo waren Sie denn alle, als die Masseneinwanderungs-Initiative nicht umgesetzt wurde? Wieso wurde die Schutzklausel im Freizügigkeitsabkommen trotz rekordhoher Zuwanderung nie angewandt? Ja, so viel zur Glaubwürdigkeit und auch zur Ernsthaftigkeit all dieser Vorschläge, die nun plötzlich daherkommen.

Die Realität ist folgende: Mit den EU-Verträgen wird die Zuwanderung weiter angeheizt, und im Asylbereich ist sowieso jedes vernünftige Mass verloren gegangen. Die Zahlen steigen und steigen, und man will nichts tun. Wir sind die einzige Partei, die dort Grenzen setzen will. Aus diesem Grund braucht es diese Initiative



unbedingt: weil das Parlament und der Bundesrat gegen die masslose Zuwanderung nichts getan haben, nichts tun und auch in Zukunft nichts tun werden.

Die Zielgrösse von 10 Millionen bis 2050, die in der Initiative vorgesehen ist, erlaubt weiterhin eine massvolle Zuwanderung – eine massvolle, aber nicht eine masslose Zuwanderung. Es ist etwas weniger als heute, aber es ist immer noch deutlich mehr als die Zuwanderung, die in unsere Nachbarländer stattfindet. Erst dann, wenn die Zahl von 9,5 Millionen überschritten wird, muss der Bundesrat Massnahmen treffen – nur Massnahmen –, und die erste Stellschraube ist offensichtlich der Asylbereich, das steht auch so im Text, nicht die Arbeitsmigration. Die Asylzahlen kann man senken; wenn der politische Wille da ist, kann man sie senken – es gibt genügend Länder in Europa, die das beweisen. Erst in zweiter Linie müsste die Zuwanderung aus Drittstaaten gedrosselt werden, und erst in letzter, in dritter Linie ist die Zuwanderung aus der EU betroffen. Also: Von einer Kündigungs-Initiative kann beim besten Willen keine Rede sein.

Ich möchte es nochmals betonen: Wir sind nicht gegen die Zuwanderung, aber wir sind gegen eine masslose Zuwanderung. Was zu viel ist, ist zu viel. Diese masslose Zuwanderung tut unserem Land nicht gut, sie ist nicht gesund für unser Land. Deshalb braucht es diese Initiative unbedingt, zum Schutz unseres Landes und zum Schutz unserer Bevölkerung, damit unsere Schweiz auch in Zukunft Schweiz bleibt.

Deshalb beantragen wir Ihnen, die Initiative zur Annahme und den Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Maitre Vincent (M-E, GE): Cher collègue, vous avez cité un chiffre tout à l'heure, vous avez dit qu'en Suisse il y a un tiers d'étrangers et vous vous êtes demandé dans quel autre pays il y avait un taux aussi élevé. Vous êtes avocat, vous savez qu'en Suisse on a le droit du sang et que dans la plupart des autres pays, si ce n'est tous, en tout cas en Europe, on a le droit du sol. Cela veut dire qu'en Suisse, il y a des gens qui sont nés en Suisse, qui sont de deuxième voire de troisième génération et qui sont pourtant toujours officiellement étrangers. Vous avez certainement traité cette question en commission. Pouvez-vous me dire quel autre pays qui connaît, comme la Suisse, le droit du sang a un taux d'étrangers plus faible que celui de la Suisse ?

Schmid Pascal (V, TG): Vielen Dank für die Frage, Herr Maitre. Mir ist nicht klar, wieso Sie jetzt mit dem Einbürgerungsrecht ablenken wollen. Der Punkt ist nicht die Einbürgerung, und der Punkt ist nicht die Anzahl der Ausländer, sondern der entscheidende Punkt ist die Gesamtbevölkerung. Wenn die Gesamtbevölkerung in 25 Jahren von 7,2 Millionen auf 9,1 Millionen steigt, dann ist das eine völlig masslose Bevölkerungsentwicklung – mit Mass hat das nichts mehr zu tun.

Pfister Gerhard (M-E, ZG): Ich bitte Sie namens meiner Fraktion, auf den Entwurf 2 einzutreten. Diese Volksinitiative zwingt die Stimmbevölkerung zu einem Entscheid zwischen Massnahmen zur Reduktion der Zuwanderung und dem Erhalt der Bilateralen. Entweder muss man

AB 2025 N 1723 / BO 2025 N 1723

in letzter Konsequenz die Personenfreizügigkeit und damit auch die Bilateralen I künden, oder man will Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung, selbst dann, wenn sie das Ende der Bilateralen bedeuten können. Wer seinerseits zur Auffassung kommt, dass Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung ab 9,5 Millionen Wohnbevölkerung sinnvoll sind, aber die Bilateralen zu künden, ein zu hoher Preis dafür ist und mindestens Rechtsunsicherheit bringt, der oder die muss sich überlegen, ob er oder sie dem Volk als Alternative nicht einen Ausweg aus diesem Dilemma unterbreiten will.

Der vorliegende Entwurf für einen direkten Gegenentwurf hat dieses Ziel. Er übernimmt die Forderung der Initianten, ab einer Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen Massnahmen zu ergreifen. Der Bund hätte dann zunächst generell die Verpflichtung und die Kompetenz, eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz sicherzustellen. Insbesondere soll er dabei die Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Auswirkungen auf die Infrastruktur, auf die Sozialwerke und den Wohnraum sowie die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts berücksichtigen. Beim Erreichen des Schwellenwerts von 9,5 Millionen soll der Bund geeignete Massnahmen ergreifen, insbesondere soll er bei der Ausrichtung der Zuwanderung enger auf den Bedarf an Arbeitskräften fokussieren, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausschöpfen und raumplanerische wie infrastrukturelle Massnahmen ergreifen. Sollte die Zielgrösse von maximal 10 Millionen nicht erreicht werden können, soll der Bundesrat dann im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens mit der EU eine verbindliche Bestimmung vereinbaren, die bestehende Schutzmechanismen ergänzt und die Steuerung der Zuwanderung effektiv ermöglicht.

Man kann diesen Versuch eines Gegenentwurfes meines Erachtens aus zwei Gründen ablehnen, nämlich, weil man sicher ist, dass die Initiative angenommen wird, das wäre die Sicht der Initianten, oder weil man sicher



ist, dass die Initiative abgelehnt werden wird, das wäre die Sicht der Gegner. Aus unserer Sicht adressiert die Initiative eine Sorge, die nicht nur in rechten Kreisen zu finden ist, sondern bis in die politische Mitte reicht. Die Schweiz hat eine hohe Zuwanderung, weil sie ein ausserordentlich attraktives Land ist, um hier zu leben und zu arbeiten. Sie hat eine hohe Zuwanderung, weil sie eine Wirtschaft hat, die viel grösser, globaler und internationaler ist, als es für ein so kleines Land im Kern eigentlich nötig wäre. Und dieses kleine Land ist seit dem 19. Jahrhundert wirtschaftlich immer grösser geworden, und es wächst immer noch. Aber die Fläche des kleinen Landes ist immer noch die gleiche wie im 19. Jahrhundert.

Die Folgen des wirtschaftlichen Wachstums sind unter anderem auch Zuwanderung, ein hoher Anteil an Ausländerinnen und Ausländern und eine stärkere Nachfrage nach Wohnraum und Infrastruktur. Es sind letztendlich die Herausforderungen eines attraktiven Kleinstaates in einer globalisierten Wirtschaftsordnung, in der Menschen dort arbeiten, Waren dort produziert und Wertschöpfung dort geschaffen wird, wo es die besten Rahmenbedingungen oder den besten Preis gibt. Was geschieht, wenn wir keinen Ausgleich finden zwischen Wachstum und der Nachhaltigkeit, und dies in vielen Dimensionen, nicht nur in ökologischer Hinsicht sowie dem Bewahren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der auch ein bedeutender Attraktivitätsfaktor ist? Wenn wir diesen Ausgleich nicht schaffen, wird die Balance kippen, entweder in die Isolierung oder in die Grenzenlosigkeit.

Die Initiative adressiert eine Herausforderung, aber sie löst das Problem unserer Meinung nach nicht richtig, sondern stellt der Bevölkerung ein Ultimatum: entweder eine Zuwanderungsbegrenzung oder das Ende der Bilateralen. Unseres Erachtens sollte man der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich zu äussern, ob sie nicht einen anderen Weg gehen will, der die Bilateralen erhält und die Zuwanderung steuert. Das ist der Ansatz des Gegenentwurfes. Wir danken Ihnen, wenn Sie ihn unterstützen können.

Paganini Nicolò (M-E, SG): Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP lehnt die vorliegende Volksinitiative ab. Wir empfehlen Ihnen aber dringend, auf den Bundesbeschluss 2 einzutreten und im Bundesbeschluss 1 der Minderheit II (Pfister Gerhard) zu folgen. Damit kann der Initiative ein direkter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" greift ein Thema auf, das viele Menschen in unserem Land beschäftigt: das rasante Bevölkerungswachstum und seine Folgen für Infrastruktur, Wohnraum und Umwelt. Wer glaubt, diese Volksinitiative ohne vertiefte Diskussion vom Tisch wischen zu können, wird möglicherweise ein böses Erwachen erleben. Bei der Beurteilung des Inhalts der Volksinitiative sind wir mit der Mehrheit der SPK einig: Sie ist nichts anderes als ein Holzhammer, der das Ende des insgesamt betrachtet erfolgreichen bilateralen Wegs mit der EU darstellen würde. Die zwingende Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU bei Erreichen einer fixen Bevölkerungsschwelle ist ein starres und gefährliches Konzept.

Wir kennen unsere demografischen Herausforderungen, und wir sind davon überzeugt, dass alternative Konzepte zur Steuerung der Zuwanderung wie Kontingente, Zuwanderungsabgaben oder Punktesysteme alle ihre eigenen Nachteile haben. Die Steuerung der Zuwanderung über die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts ist im Grundprinzip richtig. Weshalb wollen wir dann trotzdem versuchen, der Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen? Nicht, weil wir, wie uns das teilweise unterstellt wurde, den Prozess der Behandlung der Initiative verzögern wollen, nein, dem ist nicht so. Aber wir hören den Menschen in diesem Land zu und stellen fest, dass uns das Tempo der Zuwanderung in den letzten Jahren fordert, ja vielleicht stellenweise überfordert.

Man kann in einer 10-Millionen-Schweiz gut leben, aber nicht mit einer Infrastruktur, die auf 6 oder 7 Millionen Menschen ausgelegt ist. Wenn wir auf der einen Seite immer mehr werden, wir es auf der anderen Seite aber nicht schaffen, die Rahmenbedingungen für den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur, für einen genügenden Wohnungsbau oder für eine sichere Stromversorgung zu schaffen, so wird sich das in unserer direkten Demokratie früher oder später an der Abstimmungsurne rächen. Und wir halten die Möglichkeit, dass das beim Entscheid über diese schädliche, aber verlockend klingende Initiative der Fall sein könnte, für realistisch.

Das führt mich zur Minderheit II und unserem Antrag, der Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Das ist materiell zugegebenermassen kein leichtes Unterfangen. Die mit der EU im Rahmen der Bilateralen III ausgehandelte Schutzklausel etwa eignet sich kaum dafür. Sie würde wohl gar nie zur Anwendung kommen. Das Konzept der Minderheit II wurde Ihnen von Kollege Pfister bereits vorgestellt. Es nimmt die Schwelle einer Bevölkerung von 9,5 Millionen aus der Initiative auf, fordert dann aber vorerst Massnahmen im Inland und als Ultima Ratio nicht die Kündigung der Personenfreizügigkeit, sondern Verhandlungen über eine Ergänzung derselben mit dem Ziel, eine nachhaltige Steuerung der Zuwanderung zu ermöglichen.

Wenn Sie das Signal aussenden wollen, dass alles gut sei, dass alles einfach so weitergehen soll, können Sie uns mit unserem Minderheitsantrag im Regen stehen lassen. Dann wünsche ich Ihnen für die Volksabstimmung viel Glück. Aber wenn Sie die politische Grosswetterlage beim Thema Migration zur Kenntnis nehmen



und den Totalschaden verhindern wollen, dann unterstützen Sie die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP und stellen dieser brandgefährlichen Volksinitiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüber.

Fonio Giorgio (M-E, TI): La questione posta dall'iniziativa popolare "No a una Svizzera da 10 milioni!" è tutt'altro che marginale. Tocca aspetti centrali del nostro vivere comune, la coesione sociale, la gestione dello spazio, la pressione sulle infrastrutture e il mercato del lavoro. E soprattutto tocca le preoccupazioni reali della popolazione. Oggi, in molte città e in molte regioni, le persone sentono la crescita e la sentono spesso come qualcosa che sfugge di mano, nei trasporti pubblici sovraffollati, nella difficoltà a trovare un alloggio a prezzi accessibili oppure nella concorrenza per i posti di lavoro. Sono preoccupazioni fondate che vanno ascoltate e prese sul serio.

AB 2025 N 1724 / BO 2025 N 1724

L'iniziativa pone quindi una domanda legittima ma offre una risposta sbagliata. Come possiamo garantire che la crescita demografica resti sostenibile per le persone e per il Paese? A questa domanda, l'iniziativa, per come formulata, risponde in modo rigido, proponendo strumenti che comportano conseguenze profonde per il nostro rapporto con l'Unione europea, per il funzionamento della nostra economia e per settori fondamentali come la sanità, la ricerca e la formazione. Sappiamo bene che una disdetta unilaterale della libera circolazione delle persone metterebbe in discussione l'intero impianto bilaterale, che è centrale anche per il nostro Paese. Ed è per questo che il gruppo del Centro propone un controprogetto diretto, un controprogetto costruttivo, realistico e rispettoso della situazione attuale. Come gruppo riteniamo che il modo più serio per affrontare il tema sia quello di offrire al popolo un'alternativa chiara, responsabile e ancorata alla realtà. Il controprogetto del gruppo del Centro si basa su quattro principi fondamentali: un tetto demografico chiaro, con una soglia di attenzione fissata a 9,5 milioni di abitanti e la possibilità di intervenire in modo proporzionato; misure regionali e settoriali, in caso di pressione migratoria superiore alla media rispetto all'Unione europea; salvaguardia della via bilaterale, con la possibilità di aprire negoziati con Bruxelles per rafforzare le clausole esistenti; e l'esclusione dell'asilo e della protezione umanitaria nel rispetto della nostra tradizione umanitaria come Svizzera.

Non si tratta di un mezzo no all'iniziativa, ma di una risposta concreta a una sfida concreta. Siamo consapevoli, ed è per questo che proponiamo questo controprogetto, che l'iniziativa troverà dei consensi. Lo sappiamo dal clima che si respira nel Paese. Ed è proprio per questo che riteniamo essenziale mettere il popolo in condizioni di scegliere tra due strade: una visione di chiusura netta oppure una gestione sostenibile e pragmatica che affronta i problemi senza mettere a rischio quanto di buono abbiamo costruito.

Chi crede nel valore delle istituzioni, chi conosce le preoccupazioni reali delle persone, chi ha a cuore l'interesse del Paese nel suo insieme non può che sostenere questo controprogetto che è ambizioso, ma allo stesso tempo è realistico ed è responsabile.

Meyer Mattea (S, ZH): Chacun de nous connaît, dans sa famille ou chez ses amis, quelqu'un qui a besoin de soins dans un EMS ou même à l'hôpital. Plus d'un tiers du personnel soignant n'a pas de passeport suisse. En cas d'urgence ou en cas de besoin de soins, nous sommes soignés par des personnes compétentes, fortes, qui font chaque jour un travail dur, stressant et indispensable. Voulez-vous vraiment perdre cette sécurité ? Au cours des quinze prochaines années, nous aurons besoin de 1000 nouvelles maisons de retraite dans lesquelles vos parents, mes parents, vous-mêmes et tous ceux qui en ont besoin pourront bénéficier de soins. D'ici 2040, il manquera plus de 400 000 personnes en âge de travailler dans les EMS, les hôpitaux, les bureaux, sur les chantiers, dans les crèches, dans la recherche, partout.

Il faut être clair : plus rien ne marcherait si l'initiative de l'UDC était acceptée. Nous devrions quitter l'accord sur la libre circulation des personnes ; les accords avec l'Union européenne seraient cassés. Les personnes sans passeport suisse qui travaillent chez nous ne sauraient plus si elles peuvent rester ou pas. Au lieu de continuer sur un chemin connu avec l'Union européenne dans ces temps incertains, cette initiative mène au chaos. Elle met la population en grand danger et elle nous fait du mal à toutes et à tous.

Wer diese Initiative unterstützt, sagt Ja zu einem gefährlichen Hochrisikoeperiment in unsicheren Zeiten. Anstatt dass wir den bewährten Weg mit guten Beziehungen zur Europäischen Union weitergehen können, führt diese Initiative zum Ende der Personenfreizügigkeit und zum Ende des bilateralen Weges. Die Schweiz soll eine Insel werden, auf der man sich nicht an Regeln, nicht an Umweltstandards und nicht an Lohnleichheit halten muss und auf der man Menschen ausnutzen kann.

Wir alle wissen – und auch Sie seitens der SVP-Fraktion wissen es –, dass dieses Land im Nu zusammenbrechen würde ohne all die Menschen ohne Schweizer Pass, die hier leben und arbeiten. Oder können Sie



mir, Kollege Aeschi – er ist jetzt, glaube ich, gerade nicht im Saal, aber ich frage ihn dennoch –, die Frage beantworten, welche Spitäler es in Zukunft nicht mehr braucht? Können Sie, Kollegin Martullo, mir erklären, welche Häuser dann nicht mehr gebaut, welche Strassen und welche Büros nicht mehr geputzt werden sollen? Kümmern Sie sich, Kollege Dettling, dann um pflegebedürftige Menschen in Alterszentren, oder tragen Sie, Herr Kollege Schmid, dann die Stahlträger auf den Baustellen?

Ich glaube, Sie kennen die Antwort genauso gut wie ich. Und Sie wissen genauso gut wie ich, dass in Ihren Firmen jeden Tag viele Menschen ohne Schweizer Pass arbeiten, und sie tun dies auch für Ihre Millionengewinne. Anders lässt sich nämlich nicht erklären, warum Firmen wie die Ems-Chemie mittlerweile Stelleninserate im Ausland schalten. Sie wollen mit Ihrer Initiative, dass diese Menschen keine Rechte mehr haben, dass sie wie Spielbälle benutzt werden können, dass sie weggeworfen werden können, wenn sie ausgedient haben, weil sie alt, arbeitslos oder krank geworden sind. Aber das lassen wir nicht zu!

Wir müssen nämlich gar nicht allzu weit in der Geschichte zurückgehen, um zu sehen, wo das noch Realität war, als es vor Restaurants noch Schilder ab, auf denen stand "für Italiener und Hunde verboten". Ich verspreche hier eines: Wir werden alles dafür tun, dass das, was ausländischen Familien in diesem Land über siebenzig Jahre lang angetan wurde, hier nie mehr passiert. Wir werden unser Bestes geben, damit alle Menschen, mit und ohne Schweizer Pass, mit Anstand und Respekt behandelt werden.

Die Beziehung zur Europäischen Union und die Bilateralen Verträge mit den flankierenden Massnahmen haben das Leben hier in der Schweiz für uns alle entscheidend verbessert. Ohne sie hätten wir keine Mindestlöhne, wir hätten keine griffigen Massnahmen gegen Lohndumping, und wir hätten in dieser schwierigen Zeit mit Trump keine stabilen Beziehungen zur Europäischen Union, unserer wichtigsten Handelspartnerin und unserer entscheidendsten Verbündeten.

Wir werden uns mit aller Kraft dafür engagieren, dass die SVP-Kündigungs-Initiative keine Chance hat, damit sie kein Chaos bringen, die Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern und unser Land nicht kaputt machen kann.

Knutti Thomas (V, BE): Kollegin Meyer, Sie haben soeben suggeriert, dass die Schweiz durch diese Initiative dem Untergang geweiht sei, dass es brandgefährlich würde und dass nichts mehr aufrechterhalten werden könnte. Was aber sagen Sie zur Kriminalität in diesem Land, die jedes Jahr zunimmt? Welche Lösung haben Sie hierfür?

Meyer Mattea (S, ZH): Wenn man die Statistik anschaut, sieht man, dass die Kriminalität in den letzten Jahren nicht zugenommen hat. Aber wir haben ein Gewaltproblem in der Schweiz, und dieses ist vor allem ein Männerproblem.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Frau Kollegin Meyer, Sie haben ausgeführt, dass die Zuwanderung das Fachkräfteproblem entschärft, gerade im Gesundheitswesen. Im Jahr 2023 hatten wir 41 100 Ärztinnen und Ärzte. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent. Trotzdem hat es zu wenig Ärztinnen und Ärzte. Zeigt das nicht, dass das Fachkräfteproblem durch die Zuwanderung eben nicht gelöst werden kann?

Meyer Mattea (S, ZH): Wo ich Ihnen recht gebe, ist, dass wir in der Schweiz viel zu wenige Ärztinnen und Ärzte ausbilden und diese Verantwortung nicht wahrnehmen. Bereits ein Drittel der Ärzte, die in den Spitälern arbeiten, haben ihr Diplom im Ausland erworben. Wir sind auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass sie hier arbeiten. Bei den Pflegefachpersonen ist es übrigens genau das Gleiche. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen, die hier arbeiten und wertvolle Arbeit leisten, auch anständig behandelt werden.

AB 2025 N 1725 / BO 2025 N 1725

Pamini Paolo (V, TI): Liebe Kollegin Meyer, ist es nicht ein bisschen gewagt, über Ausschaffungen zu sprechen, obwohl dieser Begriff im Initiativtext gar nicht vorkommt? Sie haben doch gesagt, man müsse Leute aus der Schweiz wegweisen usw.

Meyer Mattea (S, ZH): Wenn wir das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen müssen, dann haben diese Menschen keinen rechtlichen Status mehr, um hier arbeiten zu können, dann muss dieser neu verhandelt werden. Von dem her spreche ich nicht von Ausschaffung. Es ist Ihre Initiative, die droht, dass die Kinderärzte, dass die Pflegefachpersonen, dass die Forscherinnen, dass die Leute, die in der Landwirtschaft arbeiten, hier nicht mehr arbeiten können, wenn wir das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen müssen.



Marti Samira (S, BL): Wir sind im Moment mit geopolitischen und weltwirtschaftlichen Verwerfungen konfrontiert, wie sie wohl noch vor ein paar Jahren die wenigsten unter uns erwartet hätten. Der massive weltweite Aufstieg autoritärer Kräfte und die damit einhergehenden Angriffe auf das internationale Recht, auf die Demokratie und auf die Rechtsstaatlichkeit stellen unser Land vor grosse Herausforderungen.

Gerade in krisenhaften Zeiten lohnt es sich, gerade als kleines Land, sich mit jenen zu verbünden, die unsere Werte teilen. Wir leben zum Glück in ihrer Mitte, in der Mitte unserer Freundinnen und Freunde im Herzen Europas, und profitieren von dieser Lage – wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell und nicht zuletzt auch sicherheitspolitisch.

Unser Gewerbe wirtschaftet auf den europäischen Märkten, unsere Universitäten sind Teil europäischer Wissenschaftsnetzwerke, unser wirtschaftlicher Erfolg der letzten Jahrzehnte basiert massgeblich auf dem Personenfreizügigkeitsabkommen und den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union. Die Personenfreizügigkeit ist aber auch eine enorme soziale Errungenschaft. Unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder anderen Merkmalen gibt das Abkommen allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern und Schweizerinnen und Schweizern das Recht, in Europa ein Leben aufzubauen, sofern sie Arbeit finden. Nur dank der Personenfreizügigkeit ist die grenzüberschreitende Mobilität in Europa heute ein Freiheitsrecht für alle und nicht ein Privileg für die Reichsten und Mächtigsten.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges, seit es der Schweiz wirtschaftlich besser geht, kommen nun Menschen zu uns. Sie folgen unserem Ruf nach Arbeitskräften. Ohne sie würden das Gesundheitswesen, die Kitas, die Altersheime, die Schulen, die Forschung, die Bauernhöfe längst nicht mehr funktionieren. Allein in den Spitälern arbeitet heute ein Drittel der Personen ohne Schweizer Pass; die meisten von ihnen kommen aus Deutschland, Frankreich und Italien. Diese Tendenz wird sich mit dem demografischen Wandel und der Alterung der schweizerischen Gesellschaft noch weiter verstärken. Die Zahl der Personen über 65 Jahre wird in den nächsten dreissig Jahren um mehr als die Hälfte ansteigen. Schon in fünfzehn Jahren werden wir 55 000 weitere Betten in Alters- und Pflegeheimen benötigen; das sind tausend neue Heime. Schon in zehn Jahren fehlen der Schweiz laut der Wirtschaft eine halbe Million Vollzeitbeschäftigte.

Auch die SVP weiss, dass wir in Zukunft ausländische Arbeitskräfte brauchen werden. Sie will die Schweiz aber politisch isolieren und zu einer Insel mit Tiefsteuern für Firmen, mit schlechten Löhnen und mit laschen Gesetzen machen – zu einer Schweiz, in der die Macht des Stärkeren gilt und Menschen mit viel Geld auch viel mehr zu sagen haben. Diese Isolation bedroht die soziale Schweiz, wie wir sie heute kennen. Wir würden wieder Kontingente einführen müssen und damit in eine dunkle Zeit zurückgehen – in eine Schweiz, in der Gastarbeiter in Baracken wohnten und ihre Kinder verstecken mussten. Heute wird geschätzt, dass wegen des Saisonierstatuts eine halbe Million Kinder von ihren Eltern getrennt wurden. Die offizielle Schweiz hat es bis heute versäumt, sich für dieses historische Unrecht angemessen zu entschuldigen.

Hinzu kommt: Mit dem Ende der Personenfreizügigkeit würden auch die flankierenden Massnahmen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt wegfallen. Diese sind gemäss Entsendegesetz mit den Bilateralen Verträgen verknüpft. Ohne diese Lohnschutzmassnahmen würde der Druck auf die Löhne massiv steigen, und zwar für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sinken die Löhne im Baugewerbe, in der Gastronomie oder im Dienstleistungsbereich, kommt das gesamte Lohngefüge der Schweiz ins Rutschen, und andere Branchen werden folgen.

Aus all diesen Gründen wird die SP-Fraktion diese Kündigungs-Initiative zur Ablehnung empfehlen und bittet Sie, dasselbe zu tun.

Knutti Thomas (V, BE): Besten Dank, Kollegin Marti, für Ihre Ausführungen. Sie haben jetzt die Kontingentierung angesprochen. Geben Sie mir in der Aussage recht, dass die richtigen Fachkräfte kamen, solange wir in der Schweiz die Kontingentierung hatten?

Marti Samira (S, BL): Herr Knutti, in diesen Zeiten, es waren über siebzig Jahre, wurde eine halbe Million Menschen von ihren Familien getrennt. Zehntausende Kinder lebten in Baracken oder alleine in Heimen in Norditalien, weil sie eben nicht bei ihren Eltern sein konnten, die hier arbeiteten. Wenn wir ausländische Arbeitskräfte benötigen, und das werden wir aufgrund der Alterung der Gesellschaft, dann bitte anständig, zu angemessenen Löhnen und so, dass wir sie menschlich behandeln und nicht nur als Nummer in einem System sehen.

Gysin Greta (G, TI): Die "Nachhaltigkeits-Initiative" sollte ehrlicherweise eher "Abschottungs-Initiative" heissen. Denn nachhaltig ist daran überhaupt nichts, weder wirtschaftlich noch sozial und schon gar nicht ökologisch. Es handelt sich schlicht und einfach um Abschottungspolitik, die unter dem Vorwand einer runden Zahl, zehn Millionen, einfache Lösungen für komplexe Probleme verspricht.



Da quando un numero – per quanto sia d'effetto, rimane una cifra a caso – scritto in una costituzione ha risolto i problemi della scarsità di alloggi, del traffico sulle nostre strade, del fabbisogno di manodopera nelle case per anziani e della criminalità? Se bastasse fissare un tetto aritmetico la politica sarebbe un esercizio da calcolatrice tascabile, non di responsabilità democratica. Con proposte come queste si guadagna forse qualche voto e si occupa l'agenda politica, ma quanti problemi si risolvono? – Suvvia, un po' di serietà non guasterebbe nemmeno da parte del partito di maggioranza relativa.

Diese Initiative ist nicht nur isolationistisch, sie ist auch fremdenfeindlich. Sie gefährdet das Asylrecht und könnte dazu führen, dass Schutzsuchende keinerlei Hilfe mehr erhalten, was einen klaren Verstoß gegen unsere humanitäre Tradition und gegen das zwingende Völkerrecht bedeutet. Gleichzeitig droht sie uns zurück in die Zeit des alten Saisonierstatuts zu katapultieren. Menschen, die für unsere Wirtschaft unentbehrlich sind, wären ohne Rechte, ohne die Möglichkeit eines Familiennachzugs, jederzeit austauschbar; sie könnten schutzlos ausgebeutet werden. Ein solches System ist rückständig, unmenschlich und mit der Schweiz des 21. Jahrhunderts völlig unvereinbar.

L'iniziativa mette a rischio la libera circolazione delle persone e con essa l'intero pacchetto dei Bilateralisti, dai trasporti alla ricerca. Colpisce duramente la nostra economia che vive di apertura e di scambio, e lo fa in un'epoca storica già caratterizzato da grande volatilità e da grande incertezza. Al di là dei titoli, l'obiettivo non è la sostenibilità, ma la strumentalizzazione della paura. Non è un progetto per il futuro, ma una scorciatoia regressiva che mette a rischio i nostri rapporti con l'Europa, la nostra economia e la nostra coesione sociale. Dire no a questa iniziativa isolazionista significa rifiutare le semplificazioni, i muri, le barriere. Significa riconoscere che a problemi complessi non corrispondono mai soluzioni semplici. Agire di conseguenza sarebbe il primo passo per trovare soluzioni che lo siano davvero e che non restino soltanto dei meri slogan elettorali.

Klopfenstein Broggin Delphine (G, GE): L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" prétend répondre aux défis liés

AB 2025 N 1726 / BO 2025 N 1726

à la croissance démographique. En réalité, elle propose un mécanisme rigide, un mécanisme automatique fondé sur un seuil numérique arbitraire. À partir de 9,5 millions d'habitants, le droit d'asile serait aboli ; à partir de 10 millions, les accords bilatéraux avec l'Union européenne seraient dénoncés. Sous couvert de préoccupations démographiques, sous couvert aussi de préoccupations quant à la durabilité du pays, cette initiative est en fait xénophobe et raciste. Elle s'attaque aux fondements humanistes, sociaux et économiques qui ont pourtant fait le succès de notre pays.

Un tel mécanisme est inédit dans notre système politique. Il ne laisse plus de place à des décisions prises selon le contexte, les besoins ou la réalité du terrain. Il impose des ruptures majeures, de manière automatique, sans débat, sur la base d'un simple palier. C'est une manière d'évacuer la responsabilité politique. Ce chiffre sera atteint, non pas dans cinquante ans, mais, selon les projections de l'Office fédéral de la statistique, le cap des 9,5 millions pourrait être franchi dès 2030 déjà et celui des 10 millions dès 2035. Ce texte aurait donc des effets concrets et rapides, tout prochainement, sur nos politiques d'asile, sur notre lien à l'Europe et sur le droit du travail.

Cette initiative ne vise pas à limiter la population. Elle vise à restreindre les droits, ceux des personnes étrangères, mais aussi ceux des Suisses. Elle limiterait notre capacité démocratique à décider collectivement – c'est un élément central ; elle réduirait aussi la liberté de mouvement des Suisses à l'étranger. Dénoncer les bilatérales, c'est affaiblir notre économie, c'est aussi fragiliser notre propre position vis-à-vis de l'Union européenne et couper des ponts essentiels aussi pour les étudiantes et les étudiants, pour les chercheuses et les chercheurs, pour les frontaliers et les frontalières, pour les entreprises.

Pour les étrangers vivant ici, cette initiative impose une logique de tri. Certains pourront rester, mais sans droits ; d'autres seront tout simplement exclus. La réintroduction du statut de saisonnier en est un exemple parlant ; il ne réduit pas le nombre de travailleurs étrangers, il les précarise. On travaille ici, mais sans pouvoir s'y établir. On contribue à l'économie, sans pouvoir faire partie de la société.

Cette initiative ne règle aucun des vrais défis que connaît notre pays. Elle ne résout ni la crise du logement, ni les problèmes de mobilité, ni les pressions sur les salaires ou les services publics. Elle contourne les enjeux concrets. Elle ne s'occupe pas du tout non plus de questions de durabilité ou d'environnement.

Il faut le rappeler : les mêmes qui défendent cette initiative sont ceux qui s'opposent systématiquement aux politiques environnementales, ce sont aussi ceux qui refusent les extensions du rail, qui bloquent la construction de logements abordables ou qui veulent restreindre l'accès aux soins.

Nous devons ici refuser clairement que la migration soit utilisée comme levier d'exclusion. Cette initiative est



une manoeuvre politique, elle impose une vision réductrice de la société où l'étranger est toujours suspect, mais pas son argent.

Pour toutes ces raisons, je vous invite donc à recommander le rejet de cette initiative et à rejeter le contre-projet qui n'apporte absolument rien, si ce n'est un peu de crédit à la thématique, ce qui n'a absolument pas lieu d'être ici.

Weber Céline (GL, VD): Le constat est clair. Il suffit d'écouter les gens sur les marchés le samedi matin : une Suisse à 10 millions ne fait pas rêver ou alors que très peu de gens. Oui, la Suisse se questionne sur l'évolution de sa démographie et ne rien faire n'est pas une option. À la solution bureaucratique qui manque sa cible et qui veut mettre la Suisse inutilement dans un corset, telle que la propose l'initiative, le Parti vert/libéral préfère des solutions pragmatiques, adaptées aux différentes situations régionales et qui ne contraignent pas sans raison les générations futures.

Bureaucratique, l'initiative l'est parce qu'on voit mal comment concrètement réguler la population pour ne pas dépasser de valeur seuil, quelle que soit cette valeur d'ailleurs. Comment un entrepreneur suisse, par exemple, peut-il planifier le développement de son entreprise durant les 10 prochaines années s'il ne sait pas s'il pourra engager le personnel nécessaire ou si une autre entreprise à l'autre bout du pays ne lui aura pas piqué sous le nez la dernière personne qui a le droit d'entrer sur le territoire ? Faudra-t-il mettre en place un registre centralisé et étatique au niveau suisse dans lequel chaque canton, après avoir demandé à toutes les entreprises du canton de remplir de lourds formulaires, inscrira ce qu'il estime nécessaire pour ses entreprises en matière de personnel dans les prochaines années ? Faudra-t-il qu'on attribue un quota d'immigrés par canton et selon quels critères ? On le voit, la solution de l'UDC interroge sur sa mise en pratique.

Cette initiative manque sa cible parce qu'elle s'attaque aux symptômes plutôt que d'analyser la problématique dans son ensemble. L'initiative propose une mesure en bout de chaîne. On peut d'ailleurs se demander pourquoi l'initiative s'en prend à l'immigration et non, par exemple, à la promotion économique, ce qui aurait au moins le mérite d'être plus cohérent, vu que l'immigration est liée principalement aux emplois. Faut-il attirer sans cesse de nouvelles entreprises sans tenir compte des limites en personnel ou de l'acceptation sociale ? La question est presque philosophique, mais ce qui est sûr, c'est qu'il faut une coordination réfléchie sur le long terme et non pas une initiative qui sonne bien, mais qui n'apporte aucune solution. Pour le Parti vert/libéral, il est important d'adopter une approche de croissance économique durable avec le personnel nécessaire.

Enfin, cette initiative corsète la Suisse, parce que l'Europe est de loin le marché le plus important pour la Suisse et que nos partenaires les plus fiables sont les pays du même continent. Pourquoi donc s'en priver ? Aux solutions à l'emporte-pièce, le Parti vert/libéral préfère des solutions pragmatiques qui permettent de freiner l'immigration en utilisant pleinement le potentiel de main-d'oeuvre dont nous disposons au sein même de notre pays. On pourrait, par exemple, réduire les charges salariales pour les plus de 55 ans, notamment pour le deuxième pilier. Ainsi, les travailleurs expérimentés resteraient plus attractifs pour nos entreprises, si bien que ces entreprises n'auraient plus besoin de faire appel à une main-d'oeuvre immigrée moins coûteuse. On pourrait aussi imaginer une prime de motivation, par exemple sous la forme de déductions fiscales, pour inciter les travailleurs âgés à continuer à travailler volontairement au-delà de l'âge de référence de 65 ans. À elles seules, ces deux mesures permettraient d'intégrer plus de 100 000 ressortissants indigènes supplémentaires sur le marché du travail. Le groupe vert/libéral va d'ailleurs déposer deux motions à ce sujet cette semaine encore. Il existe d'autres mesures encore, comme l'âge de l'accès au marché du travail, qui se fait de plus en plus tard sans raison, ce qu'il faut combattre, ou encore l'imposition individuelle et de meilleures conditions-cadres pour concilier vie professionnelle et vie familiale. Ces trois mesures contribuent elles aussi à permettre à davantage d'indigènes d'intégrer le marché du travail. Deux cent mille collaboratrices et collaborateurs en tout, sans immigration, mais grâce à une stratégie globale, c'est possible et c'est ce que le groupe vert/libéral vous propose.

Enfin, s'agissant de la criminalité, le Parti vert/libéral s'est toujours engagé pour une politique juste mais stricte. Les criminels étrangers n'ont rien à faire sur notre territoire. Il n'est pas admissible que des gens à qui nous offrons la protection, mettent en danger nos compatriotes. Mais pour cela, nul besoin d'attendre de franchir une valeur seuil de la population pour réagir.

Vous l'aurez compris, le groupe vert/libéral ne soutiendra pas cette initiative qui n'a de durable que le nom et le chaos qu'elle produira en cas d'acceptation. Nous ne soutiendrons pas non plus le contre-projet, car nous estimons qu'il y a des stratégies nettement plus efficaces, comme celles que je viens de développer.

Grossen Jürg (GL, BE): Ja, die SVP stellt eine durchaus berechtigte Frage. Sie gibt aber mit dieser Initiative eine komplett falsche Antwort. Ja, die Zuwanderung, sie bringt Herausforderungen. Das wollen wir gar nicht



wegdiskutieren. Aber diese Kündigungs-Initiative löst die Herausforderungen nicht. Sie würde unsere Wirtschaft und

AB 2025 N 1727 / BO 2025 N 1727

unsere Gesellschaft vielmehr ins Chaos und in die Abschottung stürzen.

Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung der Schweiz ab 2029 schrumpfen. Ohne sie fehlten uns Pflegefachkräfte und Ärztinnen in den Spitälern, aber ebenso Ingenieurinnen, Planer, Fachleute im Baugewerbe, in der produzierenden Industrie oder in der Hotellerie und der Gastronomie. Und auch die Forschung wäre ohne ausländische Talente geschwächt. Darum ist für die Grünliberale Fraktion klar: Wir wollen keine ungebremsste Zuwanderung, aber wir wollen auch nicht unseren Erfolg zerstören und unseren Wohlstand mindern. Wir brauchen eine intelligente, wir brauchen eine schweizerische Steuerung, nicht eine Abschottung.

1. Für uns ist klar: Die Bilateralen sichern unseren Wohlstand. Europa ist mit Abstand unser wichtigster Absatzmarkt. Unsere Nachbarländer sind die verlässlichsten Partner, in allen Belangen. Mit den Bilateralen III führen wir den bewährten Weg in die Zukunft fort, zugeschnitten auf unsere Schweizer Bedürfnisse. Die konkretisierte Schutzklausel ermöglicht es zudem, die Personenfreizügigkeit bei schwerwiegenden Problemen, solange sie bestehen, auch einzuschränken. Und der neue Streitbeilegungsmechanismus schützt die Schweiz vor willkürlichen Eingriffen, was gerade in solch unsicheren Zeiten wie der heutigen zentral ist.

2. Für uns sind Massnahmen im Inland unabdingbar. Nutzen wir doch endlich das inländische Arbeitskräftepotenzial besser aus. Genau hier setzen wir Grünliberalen mit konkreten Lösungen an. Die Grünliberale Fraktion reicht diese Woche zwei neue Vorstösse ein. Einerseits wollen wir mit einer PK-Flatrate für Arbeitgeber die Lohnnebenkosten für Über-55-Jährige senken, damit diese Rate von den Jungen bis zu den Alten gleich bleibt und damit erfahrene Fachkräfte im Inland für die Unternehmen attraktiver bleiben und nicht mithilfe einer günstigen Zuwanderung ersetzt werden. Mit einem Motivationsbonus wollen wir zudem für ältere Arbeitnehmende einen Anreiz schaffen, freiwillig über das Rentenalter hinaus weiterzuarbeiten – ein Gewinn für Wirtschaft, Gesellschaft und die Menschen selbst. Allein diese beiden Massnahmen bringen über 100 000 zusätzliche Inländerinnen und Inländer in den Arbeitsmarkt.

Weitere zentrale Reformen sind in Beratung; wir haben sie in den letzten Wochen und Monaten diskutiert. Dazu zählen die Individualbesteuerung, bezahlbare KITAS und unsere Familienzeit-Initiative. Mit diesen Reformen erschliessen wir nochmals rund insgesamt 100 000 Vollzeitstellen, und dies insbesondere für Frauen. Mit all diesen Massnahmen können wir die Nettozuwanderung inklusive Familiennachzug um rund 250 000 Personen senken, ohne die Bilateralen Verträge dafür zu opfern.

3. Wir lösen strukturelle Probleme mit marktorientierten und verursachergerechten Lösungen. Zum Beispiel brauchen wir auf dem Wohnungsmarkt einfachere Bauverfahren, einen praxistauglicheren Lärmschutz und eine gezielte Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Beim Verkehr muss anstelle eines blinden, auf Spitzenzeiten ausgelegten Ausbaus endlich ein Mobility-Pricing eingeführt werden.

Wir stellen uns den Herausforderungen, auch mit einer harten Linie gegenüber straffälligen Migranten. Aber wir machen doch unseren Erfolg nicht selbst kaputt. Mit der Kündigungs-Initiative würden nämlich Wohlstand, Arbeitsplätze und unsere Partnerschaft mit Europa zerstört. Sie ist ganz klar das falsche Rezept. Auch der Gegenentwurf der Mitte-Fraktion mag gut gemeint sein, aber er bringt genauso wenig eine Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger wie die Initiative selbst. Deshalb lehnt die Grünliberale Fraktion beide Vorhaben aus der konservativen Allianz von SVP und Mitte ab und setzt stattdessen auf Reformen, die wirklich wirken. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Schilliger Peter (RL, LU): Als Sprecher der FDP-Liberalen Fraktion kann ich Ihnen erklären, weshalb unsere Fraktion die Volksinitiative sowie den direkten Gegenentwurf ablehnt. In unserem Verständnis ist die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)" eine Kündigungs-Initiative. Sie fordert, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 die Grenze von zehn Millionen Menschen nicht überschreitet. Ziel wäre es, eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu gewährleisten, um die Umwelt, die Infrastruktur, die Sozialwerke und die Lebensqualität zu schützen. Bei einer Überschreitung des Grenzwertes sollen Massnahmen wie Einschränkungen im Asylbereich und beim Familiennachzug sowie die Neuverhandlung internationaler Abkommen ergriffen werden. Falls diese Massnahmen nicht ausreichen, sieht die Initiative die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU vor. Nach unserer Bewertung ist dieses Ziel im Zentrum der Idee und im Zentrum der Struktur dieser Initiative.

Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit gewährleistet seit Jahrzehnten, dass wir unseren Bedarf an Fachkräften sicherstellen können. Dieser Bedarf entstand nicht nur in der Wirtschaft durch das Manko an Ingenieuren und Facharbeitern, er entstand ebenso im Umfeld der Hochschulbildung, die auf den Zuzug von



Professoren angewiesen ist. Dieser Bedarfsanspruch ist aber auch im Gesundheitssektor sehr hoch – ohne den Zugang von Ärzten und Pflegefachpersonal könnten unsere Spitäler und Gesundheitsdienstleister die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht mehr decken. Aus diesen Gründen ist das Ziel dieser Chaos-Initiative, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit zu kündigen. Das ist hochproblematisch und zum Schaden der Schweiz, zum Schaden nicht nur der Wirtschaft, sondern unserer Gesellschaft insgesamt. Die Initiative nimmt die Problemstellung einer zu hohen Zuwanderung auf, reagiert – aus liberaler Bewertung – jedoch mit den falschen Mitteln.

Die Initiative birgt erhebliche Risiken in sich:

1. Gefährdung der bilateralen Verträge mit der EU: Die automatische Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens würde den Guillotine-Effekt auslösen, wodurch weitere Abkommen wie Schengen/Dublin und Handelsverträge hinfällig würden. Dies hätte gravierende wirtschaftliche und sicherheitspolitische Folgen. Ein Ausschluss aus Schengen/Dublin würde die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit schwächen, die Grenz kriminalitätsbekämpfung erschweren und zum massiven Ausbau von Asylstrukturen führen. Ein Ausschluss aus Schengen/Dublin würde die innere Sicherheit unseres Landes schwächen.
2. Arbeitskräftemangel: Eine starre Obergrenze würde den bereits bestehenden Fachkräftemangel in Schlüsselbereichen wie Pflege, Bau oder IT verschärfen. Dies könnte die Innovationskraft und das Pro-Kopf-BIP langfristig belasten.
3. Export und Forschung: Die Schweiz ist auf offene Märkte und internationale Forschungspartnerschaften angewiesen. Eine Einschränkung der Zuwanderung würde diese Bereiche empfindlich treffen.
4. AHV-Finanzierung: Eine stabile Zuwanderung junger Erwerbstätiger ist notwendig, um den Druck auf die Altersvorsorge zu mindern. Eine rigide Begrenzung würde Reformen in die Zukunft verschieben, anstatt das Problem zu lösen.

Aus diesen Gründen ist der Bundesbeschluss 1 zur Volksinitiative klar abzulehnen. Denn diese ist rechtlich und geopolitisch unverantwortlich. Eine starre Obergrenze von zehn Millionen Einwohnern würde die wirtschaftliche Stabilität und die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährden. Zudem fehlt der Initiative ein durchsetzbarer Mechanismus, um die Zielvorgaben zu erreichen. Die Messgrösse der ständigen Wohnbevölkerung ist problematisch, da sie keine praktikablen Lösungen für die Herausforderungen der Migration bietet.

Mit dem Bundesbeschluss 2 über eine nachhaltige Migrationspolitik versucht eine Minderheit der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates, einen direkten Gegenentwurf zur Umsetzung zu bringen. Dieser Gegenentwurf ist ebenso abzulehnen, denn er bleibt inhaltlich vage und setzt ebenfalls auf starre Grenzwerte, ohne konkrete Massnahmen oder rechtsverbindliche Regelungen vorzusehen. Die Zielgrösse von 9,5 Millionen Einwohnern ist rein symbolisch und löst keine automatischen Massnahmen aus. Den Gegenentwurf beurteilen wir als taktisches Mittel zur Verzögerung der Abstimmung über die Volksinitiative; er bietet jedoch keinen echten Mehrwert. Der Gegenentwurf würde weder zum Rückzug der Initiative führen, noch würde er vom Stimmvolk bezüglich eines Alternativentscheids verstanden werden.

AB 2025 N 1728 / BO 2025 N 1728

Echte Massnahmen zur Entschärfung der Zuwanderung sind ein beschleunigtes Asylverfahren, eine konsequente Umsetzung der Ausschaffungen und ein möglichst effizienter Einsatz unserer Arbeitskräfte. Gerade das von uns mehrheitlich beschlossene Modell der Individualbesteuerung wird die Motivation zur Arbeitstätigkeit fördern. Auch Anreizmodelle für den Arbeitseinsatz nach der Erreichung des AHV-Alters würden dazu gehören. Wir haben Potenzial – nutzen wir dieses!

Noch ein Gedanke: Was würde geschehen, wenn die Grenze von 9,5 Millionen Einwohnern erreicht wird? Würde in der Folge nicht sehr stark auf den Zuzug von Grenzgängern gesetzt? Die Struktur der Schweiz würde dann kaum weniger belastet. Wir kennen diese Problemstellung schon heute in den Grenzstädten, in Basel, in Genf, in Lugano. Jedoch würden wir von den positiven Faktoren wie Konsum sowie von den Steuererträgen wesentlich weniger profitieren.

Ich komme zum Fazit. Die FDP-Liberale Fraktion spricht sich sowohl gegen die Kündigungs-Initiative als auch gegen den direkten Gegenentwurf aus. Die Initiative schadet in einer fragilen Weltlage dem Zugang zu Arbeitskräften. Sie schadet damit dem Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz. Sie schadet in der Folge unserer Exportfähigkeit und damit unserem Wohlstand. Ein damit möglicher Austritt aus Schengen/Dublin würde sekundäre Asylanträge und Schleuserströme anziehen, was die illegale Migration sogar befördern würde. Die unkontrollierte Migration würde klar zunehmen. Stattdessen setzt die FDP-Liberale Fraktion auf gezielte Massnahmen wie die Förderung der Fachkräftezuwanderung, die Beschleunigung der Asylverfahren und eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Eine starre Begrenzung der Bevölkerung wird als wirtschaftlich und gesellschaftlich schädlich abgelehnt.



Wir bedanken uns, wenn Sie sich unseren Empfehlungen anschliessen.

Matter Thomas (V, ZH): Alle spüren es: Der Bundesrat, das Parlament und die Verwaltung in Bern haben vor der Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" einen Heidenrespekt. Denn sie wissen ganz genau: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen keine 10-Millionen-Schweiz. Unsere Bürger haben genug – genug von einer unglaublichen Bevölkerungsexplosion. Die Bevölkerung wächst 16-mal so stark wie jene von Deutschland. Die Schweizer haben genug von der Zubetonierung unserer schönen Landschaft, genug von der Abnahme der Lebensqualität durch immer mehr Dichtestress, genug von Wohnungsnot und unbezahlbarem Wohnraum, genug von der Strapazierung unserer Infrastrukturen, genug von immer mehr Stautunden und überlasteten Zügen, genug von überforderten Spitälern und ständig höheren Gesundheitskosten, genug von der Plünderung unserer Sozialwerke, genug von der importierten Kriminalität, genug von Schulklassen, in denen gerade noch eine Handvoll Schweizer Kinder sitzen.

Allein der Zürcher Regierungsrat rechnet mit 450 000 Personen, die bis ins Jahr 2050 zusätzlich in den Kanton Zürich, auf unser Kantonsgebiet, kommen. Innerhalb der nächsten 25 Jahre soll also eine Menschenmasse, die grösser ist als die Einwohnerschaft der Stadt Zürich, in einen einzigen Kanton gestopft werden. Das alles wollen die Schweizerinnen und Schweizer nicht.

Das haben sie schon vor über elf Jahren deutlich gemacht: Volk und Stände haben am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP angenommen. Seither steht in Artikel 121a unserer Bundesverfassung schwarz auf weiss, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig mit Höchstzahlen und Kontingenten steuert. Aber Bundesrat, Parlament und Verwaltung haben sich geweigert, den Volkswillen umzusetzen. Sie haben das Resultat der Abstimmung ganz einfach ignoriert, und dies bis zum heutigen Tag.

Aber es geht noch weiter: Mit dem neuen EU-Unterwerfungsvertrag wird die Personenfreizügigkeit nochmals deutlich erweitert, entgegen dem Volkswillen und entgegen der Bundesverfassung. Ich kann es leider nicht anders sagen: Der Bundesrat ist nicht nur einmal ein Gremium von Verfassungsbrechern gewesen, Herr Bundesrat Jans – er ist dies jetzt zum zweiten Mal. Denn der Familiennachzug soll durch die Übernahme der sogenannten Unionsbürgerrichtlinie nochmals enorm erleichtert und erweitert werden.

Dieser erweiterte Familiennachzug wird zu einem zusätzlichen Zuwanderungsschub führen. Zuwandern via Personenfreizügigkeit dürfen künftig auch alle Bewohner der neuen EU-Beitrittskandidaten, sobald sie definitiv aufgenommen sind, nämlich von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Kosovo und wahrscheinlich der Ukraine. Auf der Warteliste stehen die Türkei und Armenien. Auch dies wird die Zuwanderung nochmals stark befeuern.

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz! Doch die Massenzuwanderung wird sich nach der möglichen Annahme des EU-Unterwerfungsvertrages und aufgrund des fortdauernden Asylmissbrauchs nicht nur fortsetzen, sondern noch beschleunigen. Darum empfehle ich Ihnen dringend ein Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative. Wenn dieses Parlament die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst nimmt und die Volksinitiative zur Ablehnung empfiehlt, dann bin ich überzeugt, dass unsere Stimmbevölkerung anders entscheidet. Denn unser Volk will, dass die Schweiz die Schweiz bleibt.

Pult Jon (S, GR): Die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen, sehr geehrter Kollege Matter, bedeutet in erster Linie einmal, der Bevölkerung ehrlich zu sagen, was Sache ist, und der Bevölkerung auch aufzuzeigen, dass Entscheidungen Konsequenzen haben können und dass auch Volksinitiativen der SVP schwerwiegende Konsequenzen haben können. Man nimmt die Leute nicht ernst, indem man diffuse Ängste schürt und sie glauben lässt, irgendwelche Scheinlösungen würden ihr Leben verbessern, obwohl sie es verschlechtern würden. Und deshalb heisst, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen, Klartext zu sprechen und Konsequenzen anzusprechen.

Die Konsequenzen dieser Volksinitiative, die wir heute diskutieren, wären, dass das Verhältnis zu unseren Nachbarn, zur Europäischen Union, dass die Bilateralen Verträge, von denen wir ein Vierteljahrhundert sehr gut gelebt haben, infrage gestellt würden. Die Konsequenzen wären, dass Grundlagen des Wohlstandes unseres Landes infrage gestellt würden und dass wir in einer immer zerrütteteren Welt auch noch die Beziehungen zu unseren direkten Nachbarn zerrütten würden. Die Konsequenzen wären ferner, dass wir noch grössere Probleme hätten, unsere Spitäler, unsere Heime, unsere Baustellen, unsere Restaurants, unsere Hotels, praktisch alle Branchen mit genügend Arbeitskräften auszustatten, und dass wir längerfristig dieses Land noch stärker isolieren würden. Dies hätte schwerwiegende Folgen auf das wirtschaftliche Fortkommen, aber auch auf die Stabilität und die Sicherheit dieses Landes. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen, bedeutet, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen, die Bevölkerung ernst zu nehmen.

Wir können es uns nicht leisten, in dieser Welt das Verhältnis zur Europäischen Union definitiv zu zerrütten.



Wir leben leider wieder in einem imperialen Zeitalter, in dem in Washington, in Moskau, in Peking wieder die Machtpolitik an erster Stelle steht und in dem wir eigentlich nur noch auf diesem Kontinent mehr oder weniger einen Konsens darüber haben, dass der Rechtsstaat, dass die regelbasierte Weltordnung und dass Demokratie Bedeutung haben sollen. In dieser Zeit dürfen wir doch nicht unsere Bilateralen Verträge, unser stabiles Verhältnis zu unseren Nachbarn noch mehr infrage stellen.

Die Bevölkerung ernst nehmen – das bedeutet auch, die Wahrheit zu sagen, was die mittel- und langfristigen Entwicklungen angeht. Das grosse Ereignis des 21. Jahrhunderts wird sein, dass die Bevölkerung auf der Welt schrumpft. In Europa schrumpft sie zum Teil schon jetzt. Bald wird die Bevölkerung in Europa schrumpfen. Da werden wir keine Volksinitiativen mit dem Titel "Keine 10-Millionen-Schweiz!" mehr haben. Wir werden irgendwann einmal Volksinitiativen mit dem Titel "Wir wollen nicht weiter schrumpfen!" haben. Das passiert noch nicht morgen und auch nicht übermorgen. Aber unsere Kinder werden das erleben, dass die grosse Herausforderung darin bestehen wird, wie wir mit

AB 2025 N 1729 / BO 2025 N 1729

schrumpfenden Gesellschaften umgehen. Diejenigen Länder, die innerhalb eines fairen Systems auch Zuwanderung zulassen, in welchen Menschen gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilnehmen können, mit Lohnschutzmassnahmen, die dafür sorgen, dass die verschiedenen Menschen nicht gegeneinander in eine ungesunde Konkurrenz kommen, werden besser auf das grosse Ereignis des 21. Jahrhunderts vorbereitet sein, nämlich auf die Schrumpfung der Bevölkerung dieses Kontinents und übrigen der gesamten Welt.

Wenn man die Menschen wirklich ernst nimmt, dann zeigt man auch diese längerfristigen Zusammenhänge auf und zeigt auf, wie gefährlich es ist, in unserer Bundesverfassung eine Höchstgrenze festzuschreiben.

Erfolgreiche Länder, erfolgreiche Staaten, grosse Städte, die auch die Geschichte der Welt positiv beeinflussten, die es in Forschung, in Innovation und, auch bezüglich des Zusammenhalts, in Kultur zu etwas brachten, waren nicht die Staaten, nicht die Städte, nicht die Gemeinschaften, nicht die Orte, die sich abschotteten. Vielmehr waren es die Staaten, die Länder, die Gesellschaften, die Orte, die offen waren und die dafür sorgten, dass alle Menschen, die an diesem Ort waren, faire und gerechte Chancen hatten, in geregelten Beziehungen zu leben, und die dafür sorgten, dass es eben nicht eine Konkurrenz gab, die nach unten nivellierte, sondern die alle anhob.

Natürlich ist unser System nicht perfekt. Doch ich glaube, dass die Bilateralen Verträge, die Freizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitsbedingungen und der Löhne das Beste ist, was wir bis jetzt hatten. Wir dürfen das nicht über Bord werfen. Wir müssen das, wenn schon, stärken und ausbauen, aber sicher nicht infrage stellen.

Deshalb sollten wir zu dieser gefährlichen Kündigungs-Initiative Nein sagen und diese Ablehnung der Bevölkerung auch erklären.

Büchel Roland Rino (V, SG): Herr Pult, an diesem Pult kann man ja vieles behaupten, aber ab wie vielen Menschen würde denn gemäss Ihnen die Schweiz schrumpfen? Ab 15 oder 20 Millionen? Oder ab wann würde der von Ihnen genannte Schrumpfungsprozess einsetzen?

Pult Jon (S, GR): Wissen Sie, die Schweiz erstellt ja auch Bevölkerungsentwicklungskurven. Wir gehen davon aus, dass wir irgendwann einmal nach der Mitte des Jahrhunderts – das sagen die Fachexperten des Bundes – langsam auf einem Plateau sein werden. Irgendwann wird die Bevölkerung schrumpfen, und das werden nicht viel mehr als 11 oder 12 Millionen Personen sein. Aber heute wissen wir das nicht. Ich behaupte nicht, zu wissen, ab wann die Bevölkerung in der Schweiz zu schrumpfen beginnt. Was ich Ihnen aber sagen kann, ist, dass die Weltbevölkerung zu schrumpfen beginnen wird, dass die Bevölkerung in relevanten Teilen Europas schon heute schrumpft. Die Bevölkerung in Europa wird schrumpfen. Und wenn die Bevölkerung schrumpft, werden diejenigen Staaten und Gebiete es am schwersten haben, die Auswanderungsgebiete sind, und diejenigen, die Einwanderungsgebiete sind, werden diejenigen sein, die die besten Karten haben. Es gehört eben zur Ehrlichkeit dazu, dass man diese Zusammenhänge aufzeigt.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Pult, ich stelle schon eine gewisse Widersprüchlichkeit in Ihrem Votum fest. Sie haben jetzt mehrfach ausgeführt, dass die Weltbevölkerung wieder schrumpfen wird. In diesem Fall können Sie unserer Initiative ja sorglos zustimmen, dann gibt es keine Konsequenzen, oder?

Pult Jon (S, GR): Wenn die Schweizer Bevölkerung schon in den nächsten paar Jahren schrumpfen würde, hätten Sie recht. Nur besteht das grosse Risiko, dass dies erst etwas später passiert. Ihre gefährliche Initiative würde dann unmittelbar dazu führen, dass wir ein grosses Problem mit unseren Nachbarn hätten. Wir müssen



unser Verhältnis klären, aber dieses wäre dann zerrüttet. Die Freizügigkeit und damit auch die Lohnschutzmassnahmen würden infrage gestellt.

Mit dieser Initiative stellen Sie das wirtschaftliche Fortkommen dieses Landes infrage. Sie stellen die soziale Absicherung in diesem Land infrage. Sie stellen den Lohnschutz und letztlich die sicheren Beziehungen zu unseren Nachbarn infrage. Das ist, geschätzte Herren und Damen der SVP, verantwortungslose Politik. Man muss der Bevölkerung die Zusammenhänge aufzeigen und nicht einfach nur der Bevölkerung Angst machen.

Matter Thomas (V, ZH): Herr Kollege Pult, gibt es irgendein Land auf der Welt ausser den EU/EFTA-Staaten, das die Personenfreizügigkeit kennt?

Pult Jon (S, GR): Nein, aber unser Kontinent kennt die Personenfreizügigkeit, und unser Kontinent hält in einer immer schwieriger werdenden Welt gemeinsame Werte hoch, die auch für die SVP wichtig sein sollten: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, territoriale Integrität und Souveränität. Und unser Verhältnis zu diesen Nachbarn, zu den Staaten dieses Kontinents dürfen wir nicht zerrütten; wir sollten es eher stabilisieren.

Aeschi Thomas (V, ZG): Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit vor 23 Jahren am 1. Juni 2002 sind netto mehr als eineinhalb Millionen Personen in die Schweiz eingewandert. Das sind so viele, wie der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz, der Kanton Zürich, Einwohner hat.

Als Volk und Stände am 6. Dezember 1992 den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum ablehnten, überschritt die Wohnbevölkerung der Schweiz gerade die Schwelle zu 7 Millionen. Bei Einführung der Personenfreizügigkeit lebten etwas mehr, nämlich 7,3 Millionen Personen, in der Schweiz. Der Bundesrat behauptete vor der Abstimmung im Abstimmungsbüchlein, es sei bei Annahme des EU-Personenfreizügigkeitsabkommens keine massive Einwanderung zu befürchten, und er stützte sich dabei auf eine Studie von Professor Straubhaar, der eine Obergrenze des Einwanderungspotenzials von netto jährlich 10 000 EU-Angehörigen erwartete. Das sind also die gleichen Experten, die Herr Pult soeben zitiert hat. Damals wurden netto 10 000 Zuwandernde pro Jahr geschätzt, und wir sind jetzt beim Zehnfachen.

Die ungebremsste Zuwanderung führte dazu, dass 50,3 Prozent der Stimmbevölkerung am 9. Februar 2014 die SVP-Initiative "gegen Masseneinwanderung" annahmen. Doch die FDP und die radikale Linke missachteten in demokratieverachtender Weise den Volkswillen und verhinderten so, dass die Schweiz gemäss Artikel 121a der Bundesverfassung die Zuwanderung mittels Kontingenten und Höchstzahlen wieder eigenständig steuert. Zwischenzeitlich sind wieder Hunderttausende Migranten neu in die Schweiz eingewandert, sodass per Ende des zweiten Quartals 2025 9 082 000 Personen in der Schweiz lebten.

Bis zur Einführung der EU-Personenfreizügigkeit und zur unkontrollierten Öffnung der Landesgrenzen aufgrund des Schengen/Dublin-Abkommens regelte die Schweiz die Zuwanderung mittels Kontingenten und Höchstzahlen. Ebenso hatte die Schweiz die Hoheit über die Visumerteilung und die Kontrolle der eigenen Landesgrenzen. Unter diesem bewährten System konnte die Wirtschaft, inklusive Landwirtschaft, je nach Wirtschaftslage begrenzt Personen aus dem Ausland, und zwar aus der ganzen Welt, rekrutieren. In einem eingespielten Prozess legten Bund und Kantone unter Einbezug der Wirtschaft die Höchstzahlen fest.

Diese Möglichkeit der Steuerung der Einwanderung in unser kleines Land hat das Schweizervolk aufgrund von falschen Versprechungen des Bundesrates und der Classe politique mit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit per 1. Juni 2002 aus der Hand gegeben. Der Schweizer Mittelstand kommt durch die nicht nachhaltige Zuwanderung immer mehr unter Druck. Selbst die "NZZ" titelt: "Die Schweiz wächst in die Breite", und der FDP-nahe Thinktank "Strategiedialog 21" kommt zum Schluss: "Die grosse Mehrheit will Massnahmen gegen Zuwanderung." Selbst Christoph Mäder, Präsident von Economiesuisse, warnt vor einer zu hohen Zuwanderung.

AB 2025 N 1730 / BO 2025 N 1730

Die negativen Folgen der masslosen Zuwanderung lassen sich zwölf Jahre nach Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative nicht mehr ignorieren: steigende Mieten und Wohnungsknappheit, Lohndruck und sinkender Wohlstand, Stau und überfüllte Züge, Zubetonierung und Druck auf die Natur, Verlust von Kultur und Identität, mehr Gewalt und importierte Kriminalität, sinkendes Bildungsniveau, Zuwanderung in den Sozialstaat. Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" will eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt einer ungesteuerten, ungebremssten Zuwanderung. So darf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz 10 Millionen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Ansonsten muss der Bundesrat die das Bevölkerungswachstum antreibenden internationalen Verträge, insbesondere das schädliche EU-Personenfreizügigkeitsabkommen, kündigen.

Was bedeutet das konkret? In den verbleibenden 24,5 Jahren bis zum Jahr 2050 dürfen im Schnitt pro Jahr maximal 37 500 Personen netto in die Schweiz einwandern – in wirtschaftlich erfolgreichen Jahren vielleicht etwas mehr, in wirtschaftlich schwachen Jahren vielleicht etwas weniger. So wird die Schwelle von 10 Millionen



Einwohnern erst nach dem Jahr 2050 überschritten. So kommt es, Herr Pult – der jetzt schon nicht mehr da ist –, auch nicht zu einer Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Ich bitte Sie entsprechend: Stimmen Sie Ja und geben Sie eine Ja-Empfehlung zur Initiative "Keine 10-Millionen Schweiz!".

Cottier Damien (RL, NE): L'initiative que nous propose l'UDC est une véritable initiative de frein à la prospérité de notre pays. Elle repose sur une question qui est une préoccupation légitime de la population, à savoir la démographie. L'évolution démographique assez dynamique que connaît notre pays actuellement est pleinement liée au dynamisme de son économie, mais aussi au manque de main-d'oeuvre qualifiée que connaît notre pays. On sait bien que si nous ne pouvions pas compter sur des forces de travail venues de l'immigration, de nombreux secteurs de notre société auraient des difficultés. Ce serait le cas dans le domaine de la santé et des soins pour les personnes âgées ; ce serait le cas dans l'hôtellerie et la gastronomie ; ce serait le cas dans le secteur de la construction ; ce serait le cas dans le secteur de l'agriculture, ce serait aussi le cas dans l'industrie, notamment celle de l'horlogerie ou des machines, ainsi que dans de nombreuses PME dans notre pays.

Alors, face à ces questions que se pose la population sur ce dynamisme de la démographie, l'initiative apporte une réponse qui n'est pas une bonne réponse. Pourquoi ? Parce qu'elle fixe un chiffre arbitraire dans la Constitution qu'on n'arrivera pas à appliquer dans la réalité, parce que ce n'est pas simplement en fixant des chiffres dans une loi ou dans la Constitution qu'on arrive à gérer la migration ; ce n'est pas la manière dont les choses fonctionnent. Par ailleurs, la décision de fixer cela dans la Constitution risque d'avoir des conséquences déléteres pour notre pays, son économie et sa sécurité – c'est pour ça que je parle de frein à la prospérité –, puisqu'elle remettrait en cause, cela a été dit, la voie bilatérale entre la Suisse et l'Union européenne à travers l'Accord sur la libre circulation des personnes.

La vraie réponse à ce défi de la migration consiste en fait en un bouquet de solutions et je regrette que l'UDC, qui propose cette initiative, s'oppose à plusieurs de ces propositions. Il s'agirait notamment de favoriser davantage dans notre pays le travail des femmes, et cela passe par l'imposition individuelle. Les femmes libérales-radicales ont déposé une initiative sur l'imposition individuelle dont nous avons débattu ici et sur laquelle la population aura l'occasion de se prononcer dans quelques mois, qui favoriserait le retour des femmes à des places de travail, notamment après la période où elles se sont occupées des enfants. Il y a une incitation qui serait bien meilleure à retrouver une activité professionnelle à des taux plus élevés que ce qui existe actuellement, ce qui est défavorisé pour des raisons fiscales. Il y a aussi la création de places dans les crèches. Cela relève principalement de la responsabilité des cantons, mais il s'agit de l'inciter. Il y a les conditions fiscales d'une manière générale. Le PLR avait, il y a quelques années, obtenu une augmentation des déductions pour les frais de garde. Il faut aussi favoriser le travail des seniors, ce qui passe par une flexibilisation de l'âge de la retraite, par des incitations à travailler plus longtemps, plutôt que ce que nous faisons actuellement, c'est-à-dire avoir des "désincitations" à travailler plus longtemps. Il faut que nous en discutons dans la réforme de l'AVS, et cela tombe bien, nous en parlerons demain dans ce conseil. Il faut aussi modifier les taux de cotisation à la LPP de manière à cesser de défavoriser les travailleurs âgés. Il faut bien sûr investir dans nos infrastructures de transport, simplifier les procédures pour qu'il soit plus facile et plus rapide de construire des logements et avoir une politique de la migration qui soit raisonnable, responsable et pragmatique, à savoir qui tienne compte des besoins de l'économie et de la tradition humanitaire de la Suisse, mais qui renvoie aussi de manière systématique les personnes qui n'ont pas le droit de rester dans notre pays.

Voilà de vraies réponses à cette question de la gestion de la migration dans notre pays, au contraire de cette initiative qui risquerait de remettre en cause l'Accord sur la libre circulation des personnes, donc tous les avantages dont la Suisse bénéficie au niveau des accords bilatéraux I : la libre circulation des personnes et tous les accords qui sont liés dans le domaine de la recherche, dans le domaine de l'accès plein et entier au marché intérieur de l'Union européenne qui, je le rappelle, est notre principal client. La Suisse exporte pratiquement 50 pour cent de ce qu'elle produit au sein de l'Union européenne. On voit bien, avec ce qu'il se passe aux États-Unis, à quel point on a besoin de relations stables avec ce partenaire. On en a par ailleurs aussi besoin sur la question de la sécurité, puisque, la libre circulation des personnes étant liée à Schengen-Dublin, nous risquerions de sortir de Schengen-Dublin et de créer un trou noir en matière de sécurité pour notre pays en Europe, et aussi de devenir un pôle d'attraction pour toutes les demandes d'asile qui seraient refusées dans d'autres pays de l'espace Schengen.

Pour toutes ces raisons, il faut impérativement proposer le rejet de cette initiative qui est un véritable frein à la prospérité et un risque pour notre sécurité. Il faut aussi ne pas entrer en matière sur le contre-projet, qui n'apporte que des réponses molles et des chiffres vagues à cette question.



Amaudruz Céline (V, GE): Monsieur Cottier, je vous ai bien entendu : on est donc d'accord que le PIB de la Suisse a augmenté parce qu'il y a plus de personnes. Pourtant, le PIB par habitant a diminué. Comment expliquez-vous cela ?

Cottier Damien (RL, NE): Non, il y a de nombreuses études économiques qui montrent que le PIB par habitant a, en réalité, augmenté et que le pouvoir d'achat des Suisses augmente. Plusieurs études d'instituts économiques extrêmement prestigieux, qui ont été livrées par le Conseil fédéral dans le cadre des Bilatérales III, démontrent que, si on refusait la voie bilatérale, la Suisse et les Suisses, non seulement la Suisse dans son ensemble, mais chaque Suisse, perdraient beaucoup au niveau de leur pouvoir d'achat sans l'Accord sur la libre circulation des personnes avec l'Union européenne et les autres accords qui sont liés.

Amaudruz Céline (V, GE): Permettez-moi de commencer mon intervention avec un extrait de la brochure officielle de la votation populaire du 21 mai 2000 sur les accords bilatéraux avec l'Union européenne, qui intégrait la libre circulation. Je cite : "Au vu de ce qui se passe dans l'UE, les craintes des comités référendaires de voir la Suisse être envahie par des ressortissants communautaires ne sont pas justifiées. L'expérience montre en effet que les migrations intercommunautaires demeurent limitées." Eh bien, Mesdames et Messieurs, les faits ont démenti cette affirmation. Depuis 2000, la Suisse a accueilli 1,8 million de nouveaux habitants, passant de 7 204 055 à 9 097 407 résidents au 5 septembre dernier.

89 pour cent de cet accroissement provient de la migration, il est vrai, essentiellement européenne et liée au travail. Si l'on regarde la période allant de 2001 à 2024, notre population a augmenté en Suisse d'environ 24 pour cent, contre

AB 2025 N 1731 / BO 2025 N 1731

seulement 2 pour cent en Allemagne et environ 12 pour cent en France. C'est donc dire qu'à taille comparable la pression migratoire et démographique a été structurellement plus forte en Suisse, ce qui se voit immédiatement, dans les logements, les transports et les écoles.

Que les choses soient claires : cette attractivité reflète la santé de notre économie. Oui, la Suisse a besoin de main-d'oeuvre, mais jusqu'où peut-on pousser cette croissance sans basculer dans la surchauffe ? Ici s'est brûlé les ailes pour s'être trop approché du soleil ; gardons-nous d'en faire autant. Nous sommes un petit pays de 41 285 kilomètres carrés. Ce territoire n'est pas extensible. On peut mieux l'aménager ; on ne peut pas l'agrandir. Les conséquences sont très concrètes : les loyers s'envolent – l'Office fédéral du logement l'a d'ailleurs évoqué – avec plus 3 à 5 pour cent d'augmentation, les trajets s'allongent, les classes d'école débordent, les parcs sont grignotés.

Ce ne sont pas des graphiques, ce sont des vies. Mon canton, Genève, l'illustre chaque jour : 13 094 habitants par kilomètre carré en moyenne, jusqu'à 29 000 au centre-ville. Dans un espace si restreint, la rareté renchérit tout, à commencer par le logement. Se loger devient un luxe inaccessible pour de nombreux ménages. La mixité sociale recule, les personnes à bas revenus sont repoussées toujours plus loin et des quartiers entiers se fragilisent, nourrissant un sentiment de déclassement.

Alors, peut-on construire davantage ? Selon les opposants, oui. Pour nous, la question c'est : mais où ? La marge horizontale est épuisée, il reste alors la verticalité, des tours qui ne résoudront qu'une partie du problème. Se loger n'est qu'un besoin. Pour chaque nouvel arrivant, ce sont aussi des écoles à ouvrir, des transports à renforcer, des installations sportives à créer, des places de détention à prévoir. À ce rythme, nous n'avons plus de place pour absorber une immigration de l'ampleur de ces 20 dernières années. Faut-il alors revoir la LAT à la baisse et dézoner encore ? Ce serait une fuite en avant. La diminution des terres agricoles couplée à l'explosion démographique a déjà fait passer notre autoapprovisionnement de 63,5 pour cent en 2000 à 52,8 pour cent en 2022. Dézoner davantage, c'est accepter une dépendance accrue aux importations alimentaires. On peut différer un trajet, mais on ne diffère pas un repas. Autre pression, souvent invisibilisée : les déchets. Leur volume suit la courbe démographique. Oui, le recyclage progresse, mais l'incinération augmente et il faut enfouir les mâchefers. À Genève, on s'apprête à sacrifier de bonnes terres pour les stocker pendant des décennies. Je ne parle même pas des déchets de chantier pour lesquels les sites manquent.

La croissance économique ne peut plus être l'unique boussole. Il faut aussi la qualité de vie, le respect des ressources, le maintien d'espaces naturels garant de la biodiversité. C'est exactement la réflexion que propose notre initiative : retrouver une pleine capacité de la gestion de l'immigration afin de décider du visage de notre pays, de la place de l'agriculture, de l'attractivité de nos paysages et, au fond, de la qualité de vie de la population. Notre message n'est pas celui de la fermeture, mais celui de la maîtrise et de la durabilité.

Je vous invite à recommander le soutien à l'initiative dont nous débattons, car, en définitive, la question est



simple : voulons-nous être nombreux ou être heureux ?

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Chère collègue, en parlant de l'espace utilisé et du bonheur, que pensez-vous de l'utilisation très large de l'espace privatisé par les propriétaires le long des rives du lac Léman ? Seriez-vous d'accord qu'on devrait, ici aussi, faire preuve de mesure et voir comment répartir l'espace des lieux, effectivement magnifiques, qu'on utilise ?

Amaudruz Céline (V, GE): Justement, les paysages au bord du lac sont absolument magnifiques. Il faut donc bien évidemment les conserver. Je crois qu'à ce propos il y a une petite confusion. Si votre idée est de construire des immeubles au bord du lac, ce n'est pas du tout la vision de la Suisse à laquelle je prétends. Mais si c'est de l'accès aux rives dont vous parlez, comme je pense que c'est le cas, comme vous le savez, je m'y suis effectivement opposée lorsqu'il y a eu la votation sur le plan cantonal à Genève, car ces propriétés appartiennent à des gens et je ne pense pas que, sur certains endroits, l'on ait besoin d'avoir un chemin. Maintenant, l'initiative ne s'oppose pas au développement de l'économie, comme on a pu l'entendre, mais vise à garder une qualité de vie, avoir des paysages et des terres agricoles. C'est ce à quoi nous nous engageons.

Schläfli Nina (S, TG): Ich komme aus einer Grenzstadt, in der der Ausländeranteil knapp 57 Prozent beträgt. Die Tendenz ist immer noch steigend, aber über die Jahrzehnte betrachtet auch stark schwankend, je nach wirtschaftlicher und aussenpolitischer Lage. Es ist schon heute so, dass wir den Betrieb unserer Spitäler, der Alters- und Pflegeheime oder Hausarztpraxen ohne Grenzgängerinnen und Grenzgänger und ohne Zuzügerinnen und Zuzüger nicht aufrechterhalten könnten. Es ist schon heute so, dass viele Schülerinnen und Schüler ohne Lehrerinnen und Lehrer aus Deutschland keine Lehrperson hätten. Es ist schon heute so, dass an einigen Orten ohne ukrainische Aushilfe der Kaffee nicht mehr an den Tisch serviert werden würde. Und dann haben wir noch gar nicht darüber gesprochen, wer unsere Häuser baut, auf unseren Feldern arbeitet, unsere Wohn- und Arbeitsräume reinigt, unseren Müll entsorgt. Was für Kreuzlingen gilt, gilt auch für viele weitere Gemeinden in der ganzen Schweiz. Wir sind heute schon auf stete Einwanderung angewiesen.

Wir sollten uns bewusst sein, dass wir in dieser ganzen Debatte nicht nur über Menschen sprechen, die potenziell zu uns kommen könnten, sondern dass sich ganz viele Personen angesprochen fühlen, die bereits hier leben, teilweise seit Jahrzehnten. Das sind reale Menschen mit echten Gefühlen und nicht nur Fach-, Arbeits- oder Pflegekräfte oder inländisches Potenzial.

Wenn wir Schweizerinnen nun immer älter werden und immer weniger Kinder zur Welt bringen, dann lösen sich diese Probleme nicht alle in Luft auf, sie verschärfen sich sogar noch. Wie wir den grossen demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen da nach einer Annahme dieser Initiative überhaupt noch begegnen wollen, ist mir wirklich schleierhaft. Die vorgeschlagenen Lösungen sind nicht einmal tauglich. Die Gelegenheit wird benutzt, um das Asylrecht und den Familiennachzug weitestgehend einzuschränken und systematische Grenzkontrollen und das Saisonnierstatut 2.0 einzuführen. In einem weiteren Schritt wäre die weitere Zusammenarbeit mit der EU im Grundsatz gefährdet. Diverse Abkommen und die Personenfreizügigkeit müssten gekündigt werden, und die Schweiz wäre dann in der vollkommenen Isolation. Wir haben diese Argumente schon ausführlich gehört.

Natürlich ist eine Gesellschaft, die auf Zuwanderung angewiesen ist, kein Selbstläufer. Es braucht eine verpflichtende Integration aller Beteiligten. Es braucht ein Bildungssystem, das nicht kaputtgespart wurde. Es braucht einen Sozialstaat, der wirklich sozial ist und die Ärmsten nicht gegeneinander ausspielt. Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur und taugliche Mittel gegen zu hohe Mieten und vielleicht ein Wirtschaftsmodell, das tatsächlich nachhaltig ist.

Ich empfehle diese Initiative aus tiefster Überzeugung zur Ablehnung und bitte Sie, es mir gleichzutun.

Addor Jean-Luc (V, VS): Voilà 11 ans bientôt, l'initiative populaire d'Ecopop échouait devant le peuple et les cantons ; nettement, même. Or, un problème demeure, celui sur lequel cette initiative proposait d'agir, peut-être avec des moyens en partie inadaptés : la surpopulation.

Nous avons la chance unique de vivre dans un beau pays. Celui-ci, toutefois, est petit et, surtout, son territoire n'est pas extensible, particulièrement la part qui peut être habitée ou utilisée par l'homme. Or, voilà que depuis plusieurs années, nous nous entassons toujours plus et sommes toujours plus nombreux dans ce petit pays. Nous avons ainsi dépassé les 9 millions d'habitants à la fin de l'année dernière, 36 ans avant la date annoncée par la Confédération !

La cause essentielle est connue. Elle n'a rien à voir, hélas, avec le nombre d'enfants qui naissent dans notre pays, qui



AB 2025 N 1732 / BO 2025 N 1732

souffre d'un interminable hiver démographique. Non, si notre population ne cesse d'augmenter, c'est, en sus de son vieillissement, par l'effet de l'immigration, avec un solde migratoire de plus de 80 000 étrangers en 2022, près de 100 000 en 2023 et encore plus de 83 000 en 2024. Nous ne pouvons pas rester les bras croisés face à ce phénomène qui semble s'accélérer toujours plus. Pourquoi ne le pouvons-nous pas ? Parce que nous vivons toujours plus les effets dévastateurs de cette surpopulation sur notre environnement, aussi bien que sur notre qualité de vie. C'est la surpopulation qui est à l'origine d'une pression toujours croissante sur notre territoire, du bétonnage et d'une pression toujours croissante sur nos réseaux routiers et ferroviaires, toujours plus chargés.

On lui doit une demande toujours croissante en énergie, en prestations sociales et de santé ou encore en produits agricoles, alors que, par ailleurs, les surfaces de production diminuent constamment. La surpopulation représente un facteur déterminant de la hausse des prix du terrain et de l'immobilier, y compris des loyers. Sa cause essentielle, presque unique, l'immigration, provoque non seulement une augmentation des besoins en infrastructures scolaires, mais encore des risques pour la cohésion et le niveau scolaire de classes dans lesquelles les enseignants ne parviennent parfois plus à assimiler le nombre d'élèves de langue étrangère. Une immigration qui, au passage, représente la cause essentielle de l'avancée de l'islam dans notre pays et des risques que celle-ci comporte pour notre cohésion sociale et pour notre identité.

L'immigration concerne la politique d'asile, bien sûr, que l'article 121a alinéa 2 de la Constitution fédérale, à juste titre, englobe. L'immigration, l'immigration de masse ; le mot est lâché. Les problèmes lancinants que nous connaissons aujourd'hui, nous ne pourrions en résoudre durablement aucun si nous ne reprenons pas le contrôle de notre immigration. C'est à cette tâche que l'UDC, avec vous, entend s'atteler. Pour préserver notre environnement et nos paysages. Pour éviter que nous continuions à nous entasser toujours plus dans une Suisse de bientôt 10 millions d'habitants, et plus encore.

La vraie écologie, la durabilité, c'est ça. Ce ne sont pas des interdictions, des impôts ou des taxes. Ce sont de vraies mesures pour limiter la surpopulation. C'est exactement ce que propose l'UDC avec cette initiative.

Meier Andreas (M-E, AG): "Keine 10-Millionen-Schweiz!", so lautet der Titel der Initiative. Arthur Schopenhauers Parabel von den Stachelschweinen steht sinnbildlich für das Dilemma von Nähe und Distanz: Sind wir zu nahe beieinander, dann stechen wir uns; sind wir zu weit voneinander entfernt, dann frieren wir.

Die Sorgen, die hinter der Initiative stehen, sind berechtigt. Wachstum bringt Belastung, die spürbar wird angesichts von überfüllten Strassen und Zügen, von steigenden Mieten und des Drucks auf Raum und Infrastruktur – die Larix Foundation nennt dies Wachstumsschmerz. Diesen müssen wir ernst nehmen, weil er die Lebensqualität und die Umwelt betrifft.

Eine Obergrenze von 10 Millionen bis 2050 klingt einfach. Tatsächlich ist die Initiative jedoch gefährlich, weil sie die Stabilität untergräbt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt und den internationalen Rückhalt der Schweiz aufs Spiel setzt. Sie gefährdet die Wirtschaft, indem sie Fachkräfte fernhält und die bilateralen Verträge mit der EU infrage stellt. Statt den Druck zu mindern, verschärft sie ihn noch. Starre Grenzen verhindern Planungssicherheit, verknappten den Wohnraum und blockieren den Ausbau der Infrastruktur. Zudem fördert sie Abschottung, sie könnte internationale Verpflichtungen verletzen und juristische Konflikte auslösen, und sie schwächt die demografische Basis, die für die Sicherung von Renten, Sozialwerken und Innovation unverzichtbar ist. Auch wirft sie moralische Fragen auf und begünstigt die Diskriminierung und die Einschränkung von Grundrechten.

Die Sorgen der Bevölkerung nehmen wir ernst, doch eine starre Obergrenze würde die Realitäten ausblenden. Wir überaltern wegen der tiefen Geburtenrate – ohne Zuwanderung droht uns keine 10-, sondern eine 6-Millionen-Schweiz, dominiert von alten Menschen. Damit würde der Sozialstaat unfinanzierbar, und die Produktivität würde sinken.

Schon heute stossen wir in der Pflege, auf dem Bau, in der Gastronomie oder in der Spitzentechnologie an Grenzen. Eine Deckelung gefährdet nicht nur einzelne Branchen, sondern unseren Wohlstand insgesamt. Ich weiss zudem aus Erfahrung, was starre Grenzen bedeuten: Als Kind habe ich erlebt, wie meine Eltern Tag und Nacht im Gewerbebetrieb arbeiteten. Sie hätten dringend Unterstützung gebraucht, doch damals galt das Kontingentsystem auch für Menschen aus Nachbarländern. Diese Kontingente gingen meist an grosse Unternehmen, nicht an kleine Betriebe. Das führte zu einer Überlastung. Heute gilt für Arbeitskräfte aus EU/EFTA-Staaten die Personenfreizügigkeit; nur für Drittstaaten bestehen noch Kontingente. Diese Erfahrung zeigt: Wer starr deckelt, schadet zuerst den Kleinen, während die Grossen Wege finden.

Hinzu kommt: Die Initiative verlangt Einschränkungen beim Asylwesen und beim Familiennachzug bis hin zur



Kündigung internationaler Verträge. Das ist politisch gefährlich und wirtschaftlich kurzsichtig. Wer Freihandel, internationalen Zusammenhalt und Personenfreizügigkeit infrage stellt, gefährdet die Stabilität unseres Erfolgsmodells.

Darum hat unsere Minderheit den Gegenentwurf in Vorlage 2 ausgearbeitet. Er nimmt die Anliegen der Bevölkerung auf und bietet praktische Antworten. Er verpflichtet den Bund, zur nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen und dabei Umwelt, Sozialwerke und Wohnraum ebenso wie die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts zu berücksichtigen. Konkret bedeutet dies: Steuerung der Zuwanderung nach Arbeitskräftebedarf, bessere Integration der Zugewanderten, konsequentere Nutzung des inländischen Potenzials und letztlich raumplanerische und infrastrukturelle Massnahmen. Und wir nehmen ausdrücklich Rücksicht auf unsere humanitären Verpflichtungen. Die Schweiz ist nicht nur ein Wirtschaftsstandort, sondern auch ein Rechtsstaat mit humanitärer Tradition. Das muss so bleiben. Unser Gegenentwurf setzt auf Steuerung statt Blockade, auf Nachhaltigkeit statt auf starre Zahlen, auf Zusammenarbeit statt Isolation. Er ermöglicht es, die Bevölkerung zu entlasten, die Umwelt zu schützen und gleichzeitig wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt zu bewahren.

Darum bitte ich Sie: Empfehlen Sie die Ablehnung der Initiative und unterstützen Sie den Gegenentwurf. Dieser ist die verantwortungsvollere und nachhaltigere Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Wenn Sie ihm nicht zustimmen wollen, so empfehlen Sie bitte wenigstens die Initiative zur Ablehnung – zum Schutz unserer Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft.

Buffat Michaël (V, VD): Nous vivons aujourd'hui dans une Suisse de plus de 9 millions d'habitants. Si rien n'est fait, nous aurons une Suisse à 10 millions, peut-être déjà en 2040. Ce n'est pas une vue de l'esprit, ce sont les projections de la Confédération. Or, cette croissance n'est pas neutre. Elle a un coût, un coût social, un coût environnemental, mais aussi un coût dans un aspect très concret de la vie quotidienne de chacune et chacun d'entre nous, celui du logement. Chacun le constate : se loger devient de plus en plus difficile en Suisse. Les loyers flambent, les appartements se font rares et les jeunes familles doivent parfois quitter leur région, faute de logements abordables.

Cette réalité n'est pas un hasard. La forte immigration alimente directement la demande et notre marché, déjà tendu, n'arrive plus à suivre. Concrètement, une croissance démographique de 1 pour cent fait grimper les loyers d'environ 1 pour cent. Pour une famille, cela veut dire moins de marge à la fin du mois et parfois l'impossibilité de se loger là où elle vit et là où elle travaille. Ce n'est pas seulement une question de location, les prix du marché suivent la même courbe. Là encore, les chiffres sont parlants. Une augmentation de la population de 1 pour cent renchérit le prix des maisons individuelles de près de 1 pour cent et des appartements en propriété par étages d'environ 1,4 pour cent.

En clair, l'immigration de masse ne se limite pas à saturer nos routes et nos hôpitaux. Elle pénalise directement les familles

AB 2025 N 1733 / BO 2025 N 1733

suisses, qui peinent à trouver un logement digne et abordable dans leur propre pays. L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" propose une réponse simple et responsable : fixer une limite, maîtriser notre croissance démographique et redonner de l'air à nos infrastructures, à notre environnement, mais aussi à notre marché immobilier. Sans limite, la Suisse se bétonne, s'étouffe et devient inaccessible à sa propre population. Dire oui à l'initiative, c'est dire non à une Suisse à 10 millions d'habitants.

Flach Beat (GL, AG): Diese Kündigungs-Initiative ist keine Lösung. Sie wäre ein Risiko für unseren Wohlstand, für unsere Arbeitsplätze, für unsere Lebensqualität, ja für unser Land ganz allgemein. Die Initiative will die Zuwanderung auf eine Art und Weise beschränken, die uns schon in wenigen Jahren wahrscheinlich um die Ohren fliegen würde. Denn schon heute verlassen mehr ältere Menschen den Arbeitsmarkt, als junge nachrücken. Dann fehlen uns die Pflegekräfte im Spital, die Fachkräfte auf dem Bau, in der Forschung, in der Entwicklung, in der Herstellung, in der Gastronomie, in Hotels; in allen Betrieben fehlen dann Mitarbeitende. Unsere Wirtschaft braucht daher diese Menschen. Ein Bruch mit Europa würde uns und wahrscheinlich auch unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft ins Chaos stürzen.

Natürlich gibt es Herausforderungen durch die Zuwanderung. Straffällige Migranten müssen natürlich konsequent ausgeschafft werden. Aber die Antwort darauf ist nicht eine Initiative, die unsere bilateralen Beziehungen aufs Spiel setzt oder gar kündigt. Europa ist mit Abstand unser wichtigster Absatzmarkt. Unsere Nachbarländer sind verlässliche Partner. Mit den Bilateralen III führen wir diesen erfolgreichen Weg weiter. Die Schutzklausel, die wir ausgehandelt haben, gibt uns die Möglichkeit, die Personenfreizügigkeit bei schwerwiegenden Problemen tatsächlich auch einzuschränken. Und der Streitbeilegungsmechanismus schützt uns vor Willkür.



Die eigentlichen Herausforderungen liegen woanders, das wurde schon häufig gesagt. Es sind der Druck auf die Infrastruktur, Wohnungsknappheit und ähnliche Dinge. Diese Dinge spüren wir manchmal, am Morgen oder am Abend. Manchmal spüren wir diese Dinge aber auch und sind froh darüber, z. B. wenn die Fussballstadien voll sind oder wenn wir merken, dass es in einer Einkaufspassage viele Menschen hat, die einkaufen gehen, denn da floriert die Wirtschaft. Entsprechend unterschiedlich muss man eben diese Dinge anschauen.

Wir Grünliberalen fordern mehr bezahlbare Wohnungen durch schnellere Bauverfahren und pragmatische Regeln beim Lärmschutz. Wir fordern auch eine aktive Wohnraumpolitik, die neue Wohnungen ermöglicht, statt dass Projekte blockiert werden. Wir fordern eine bessere Ausnutzung bestehender Flächen auch mit neuen Wohnformen, und wir fordern im Bereich der Infrastrukturen, des Verkehrs und der Mobilität clevere, intelligente Lösungen. Nicht mit dem Vorschlaghammer, sondern mit den Instrumenten moderner Raumplanung, mit den Instrumenten von Wissenschaft und Wissen und mit intelligenten Lösungen kommen wir weiter.

Diese Kündigungs-Initiative schafft weder Wohnungen, noch löst sie ein Fachkräfteproblem. Sie gefährdet unsere Zukunft. Und unsere Zukunft liegt vor allen Dingen darin, dass wir unsere Beziehungen zu unseren wichtigsten Partnern reformieren, statt sie mit dem Vorschlaghammer zu zerschlagen.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Kollege Flach, Sie haben jetzt in diesem Saal gesagt, die Schutzklausel schütze die Schweiz. Der Bundesrat hat bei der Einführung der Personenfreizügigkeit gesagt, es kämen 8000 bis 10 000 Personen pro Jahr. Heute wissen wir: Es sind plus/minus fast 80 000 Personen. Diese Schutzklausel in Artikel 14 Absatz 2 des Abkommens wurde nie angewendet. Warum wurde sie nie angewendet? Denn somit kann sie uns ja auch nicht schützen, oder?

Flach Beat (GL, AG): Der Grund ist: Diese Schutzklausel musste nie angewendet werden. Unsere Wirtschaft hat diese Fachkräfte gesucht und gefunden, und sie sind gekommen. Rund 94 Prozent der Zuwanderung sind aufgrund der wirtschaftlichen Bedürfnisse erfolgt. Sie sehen ja, wie es bei uns läuft: Wir haben so wenig Arbeitslose wie noch nie in der Geschichte. Es brummt und läuft, und Sie wollen jetzt unser Verhältnis zu unserem wichtigsten Absatzmarkt zerschlagen.

Büchel Roland Rino (V, SG): Worum geht es volkswirtschaftlich betrachtet bei dieser Volksinitiative? Wer den Voten der Gegner zuhört, könnte meinen, es ginge nur um die eine Frage, nämlich: Wie viel Zuwanderung können wir noch stemmen? Wie viele Leute können wir noch in dieses Land pressen? Kollege Pult von der SP hat eine Einwohnerzahl von 11 oder 12 Millionen in den Raum gestellt; nachher würde die Bevölkerung dann schon irgendwann schrumpfen. Kommissionssprecher Wasserfallen sagte, es habe in der Kommission grosse Ängste gegeben, Ängste, welche das Verhältnis zur EU betreffen.

Eine der wichtigsten Fragen, die die Gegner der Initiative offenbar nicht beantworten können oder wollen, lautet: Welche Wirtschaftsleistung erbringt unser Land pro Kopf, und welchen Wohlstand pro Kopf wollen wir sichern? Sie hören es, zwei Worte sind entscheidend, nämlich "pro Kopf". Herr Flach, mit Ihren Voten, die sich auf irgendeine Wirtschaftsleistung im Allgemeinen beziehen, kommen Sie eher flach heraus. (*Teilweise Heiterkeit*)

Wir haben es heute schon einige Male gehört und werden es in dieser Debatte noch oft hören: "Wir brauchen Zuwanderung; nur so steigt das BIP, nur so wächst die Wirtschaft." Das hören wir immer wieder. Mit anderen Worten: Die Wirtschaft soll offenbar unbegrenzt Leute brauchen. Genau in diesem Denken liegt doch der Fehler; darin liegt das Problem. Entscheidend ist doch nicht, wie gross der Kuchen insgesamt ist; entscheidend ist, wie viel es für jeden Einzelnen gibt. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf – das einzig sinnvolle, das einzig richtige Mass für unseren Wohlstand – hat sich über die letzten Jahre bei sehr starkem Bevölkerungswachstum zu schwach entwickelt. Ja, man könnte sagen, Herr Flach, die Kurve war sehr flach.

Hinzu kommt ein weiteres, von den Gegnern geradezu aktiv negiertes Problem: Unsere Infrastruktur kann mit dem Tempo der Zuwanderung nicht Schritt halten. Strassen und Züge, aber auch Spitäler und Schulen werden zunehmend überlastet, und neben der Infrastruktur gilt dies auch für die Institutionen. Was sind die Folgen? Es sind Staus, Wohnungsknappheit, sinkende Lebensqualität, mangelhafte Bildung und eine zunehmend ungenügende Ausbildung.

Was nützt es, wenn das BIP insgesamt wächst, es den Menschen im Land aber nicht besser geht und es der Umwelt – Herr Flach, grünliberal – schlechter geht? Die steigende Bevölkerungszahl bedeutet auch steigende Kosten, dies ganz sicher in den Bereichen Energie und Umwelt.

Natürlich braucht die Schweiz Zuwanderung, aber in kontrollierter und nachhaltiger Form. Sagen wir es klipp und klar: Wir brauchen Qualität, wir brauchen nicht Quantität. Die Initiative setzt klare Grenzen. Nur bei einem Ja können wir endlich vorausschauend planen, unsere Lebensqualität erhalten und sicherstellen. Wir können



sicherstellen, dass das Wachstum nicht zulasten der Menschen geht, die heute und künftig in diesem Land leben.

Sind Sie für eine Schweiz, die Qualität vor Quantität stellt? Sind Sie für eine Politik, die unseren Wohlstand sichert, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern im wirklichen Leben, im Leben der Menschen? Ja? Dann sagen auch Sie Ja zu diesem vernünftigen und intelligenten Konzept. Ich auf jeden Fall sage mit Überzeugung Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative, zur Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!".

Piller Carrard Valérie (S, FR): Que nous a de nouveau concocté l'UDC comme initiative ! Le titre pouvait sembler pourtant intéressant : "initiative pour la durabilité". Sursaut de prise de conscience, l'UDC se préoccupe de développement durable et de préservation de notre environnement, je me suis mise à espérer. Bon, après, quand nous observons de plus près le contenu de cette initiative, on constate très vite qu'il n'y a aucun argument en faveur de la durabilité, mais

AB 2025 N 1734 / BO 2025 N 1734

plutôt contre l'immigration, fonds de commerce électoral de l'UDC.

Après le net rejet par la population de sa dernière initiative anti-immigration en 2020 – 62 pour cent de non –, l'UDC soigne donc sa stratégie et son marketing politiques en mettant en avant la durabilité, thème qui en effet préoccupe de plus en plus notre population. Mais quelle hypocrisie de la part du parti le plus anti-écologiste de Suisse !

La lecture du texte de l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" fait froid dans le dos. D'abord par son ton catastrophiste et les termes mensongers utilisés – même si, actuellement, il est assez tendance d'utiliser des termes mensongers. Pour n'en citer que deux : "explosion démographique" et "immigration incontrôlée". Comme tous les partis populistes, l'UDC joue sur les peurs de la population et les attise. En Suisse, l'immigration est contrôlée. La migration irrégulière a d'ailleurs marqué un net recul l'an dernier. Quant aux migrations régulières, on est bien loin du laisser-aller dénoncé par les initiants.

Comme les Suissesses et les Suisses font de moins en moins d'enfants, heureusement que des personnes étrangères viennent vivre et travailler en Suisse pour remédier aux pénuries sectorielles de main-d'oeuvre, notamment en faisant fonctionner nos hôpitaux et nos EMS ou en travaillant dans nos champs.

Dans l'esprit traditionnellement simpliste qui la caractérise, l'UDC a choisi son bouc émissaire et attribue tous les maux de notre société aux étrangers. Une liste à la Prévert : hausse des loyers et pénurie de logements, embouteillages et trains bondés, baisse de la qualité de l'éducation, menace sur la sécurité d'approvisionnement, sans oublier le bétonnage et la pression sur la nature.

C'est attribuer un pouvoir démesuré aux personnes immigrées, car bien sûr il s'agit de diaboliser l'étranger pour mieux le rejeter.

Le parti nationaliste oublie un peu vite que l'économie a fondamentalement besoin de cette main-d'oeuvre européenne, sans laquelle notre si jolie Suisse déperirait. Nous avons besoin des Français, des Allemands, des Italiens pour faire tourner nos entreprises, que ce soit, comme déjà évoqué, dans les soins, mais aussi dans le commerce de détail, la construction, l'hôtellerie, la restauration ou encore l'agriculture.

De plus, l'UDC joue avec le feu : l'acceptation de son initiative entraînerait la dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes, et à cause de la clause dite guillotine, la fin des autres accords bilatéraux. L'effet serait dévastateur sur la prospérité de la Suisse, dont la moitié des exportations est destinée à l'Union européenne. La protection des salaires volerait en éclats avec tous les risques de dumping salarial que cela implique.

Certes, certains des problèmes dénoncés par l'UDC sont bien réels, comme la hausse des prix du logement ou la congestion des transports liés à la densification du territoire. Néanmoins, ce n'est pas en fixant une limite artificielle en termes réels que la Suisse résoudra ces problèmes. D'ailleurs, soulignons que l'UDC n'apporte aucune réponse à ces défis et n'a jamais fait aucune proposition concrète pour faire baisser le prix des loyers, pour faciliter le retour des femmes sur le marché du travail ou encore pour améliorer la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle et encore moins pour augmenter les budgets pour l'éducation.

Restons un pays ouvert, fort et solidaire et recommandons avec énergie le rejet de ce texte dangereux pour l'avenir de notre pays.

Guggisberg Lars (V, BE): Die Schweiz platzt bereits jetzt aus allen Nähten. Die Situation wird jedes Jahr ungemütlicher: überfüllte Bahnhöfe, Züge, Busse, Trams, Zehntausende Staustunden auf den Strassen, überfüllte Kindergärten, Volksschulen, Gewerbeschulen, Gymnasien und Hörsäle, überfüllte Spitäler und Pflegeheime, zu wenige Sportstätten; hinzu kommt ein abnehmender Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln und Energie. Die Liste liesse sich noch beliebig verlängern. All das ist kein Wunder, wenn man sich vor Augen hält,



wie unverhältnismässig stark die Bevölkerung in unserem Land in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist. In den letzten fünfzig Jahren ist die Anzahl Menschen, die in der Schweiz leben, von 6 auf 9 Millionen gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Ausländeranteil von 14 auf 28 Prozent verdoppelt.

Und nun soll die kleine Schweiz, die in den letzten fünfzig Jahren ja flächenmässig nicht grösser geworden ist, bald 10 Millionen Menschen beherbergen? Das wollen wir nicht. Wir müssen das masslose Bevölkerungswachstum endlich bremsen. Es ist bereits fünf nach zwölf.

Was würde es in Bezug auf die Infrastruktur bedeuten, wenn eine Million zusätzliche Menschen in unserem Land leben würden? Das würde zu einem massiven Ausbaubedarf in praktisch allen Infrastrukturbereichen führen: 450 000 zusätzliche Wohnungen und rund eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze mit entsprechendem Bedarf an Büroräumlichkeiten und Gewerberäumen wären notwendig. Erforderlich wäre ein Ausbau von National- und Kantonsstrassen, der von links-grüner Seite systematisch politisch torpediert wird. Es gäbe 10 Prozent mehr Züge, Busse, Trams, Fahrzeuge und Linienkapazitäten. Rund 80 000 zusätzliche Kinder im Schulalter erfordern, dass neue Schulhäuser, Horte und Turnhallen gebaut werden. 4500 zusätzliche Spitalbetten wären notwendig, was bedeutet, dass mehrere neue Regionalspitäler oder Erweiterungen erstellt werden müssten. 180 000 mehr ältere Menschen erfordern den Bau unzähliger neuer Pflegeheime. 50 000 zusätzliche Psychiatriefälle pro Jahr machen viele neue Kliniken nötig. Es werden rund 1000 neue Gefängnisplätze benötigt. Es braucht zudem rund 50 Terawattstunden mehr Strom, 700 000 Tonnen mehr Nahrungsmittel, eine um 11 Prozent höhere Kapazität an Trinkwasserversorgungen und Kläranlagen, mehrere Dutzend neue Sportanlagen, Fitnesscenter und Schwimmbäder.

Sie können feststellen: Für so viel Mehrbedarf an Infrastruktur haben wir keinen Platz, wenn die Schweiz auch künftig lebenswert sein soll.

Ich komme zum Fazit. Die Infrastruktur in der Schweiz hat längst die Kapazitätsgrenze überschritten. Von Nachhaltigkeit kann schon längst keine Rede mehr sein. Eine Million mehr Menschen bedeutet nicht einfach, etwas dichter zu wohnen, sondern zigtausend zusätzliche Wohnungen, Schulen, Pflegeplätze, Infrastrukturanlagen und einen gewaltigen Mehrbedarf an Energie, Transportkapazitäten und Nahrungsmitteln. Wir müssen schleunigst auf die Zuwanderungsbremse treten, bevor es zum Kollaps kommt.

Ich bitte Sie deshalb, die Nachhaltigkeits-Initiative zu unterstützen, damit auch künftige Generationen in unserem Land noch Gestaltungsspielraum haben.

Walder Nicolas (G, GE): Disons-le sans détour : l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !", prétendument "pour la durabilité", est une imposture politique, doublée d'une grande tartuferie. Son intitulé évoque la maîtrise démographique et la protection de l'environnement, mais, en réalité, elle ne garantit ni l'une ni l'autre. Ce texte ne fixe pas une limite contraignante à la population, mais uniquement aux permis stables et durables. Il exclut de son champ les permis précaires, les frontaliers, les touristes. Par ailleurs, ce texte ne s'attaque ni aux causes réelles de la surconsommation des ressources ni à notre empreinte carbone. Il ne parle pas de transition énergétique ni de préservation de la biodiversité. Autrement dit, cette initiative prétend résoudre des problèmes en ciblant les mauvaises personnes, avec les mauvais outils et pour de mauvaises raisons.

C'est une illusion, mais une illusion dangereuse, car derrière un vernis écologique, hypocrite et opportuniste se cache une offensive politique brutale, qui fragilisera notre société, notre économie et notre cohésion nationale. Ce sont les classes moyennes, les aînés, les jeunes en formation, les PME, bref, toutes celles et tous ceux qui font la Suisse au quotidien, qui en payeront le prix fort. En remettant en cause la libre circulation des personnes, cette initiative attaque frontalement les fondements de notre économie. Elle vise celles et ceux qui soignent dans nos EMS, qui nous nourrissent, qui construisent nos infrastructures, qui enseignent, qui innovent, qui payent leurs impôts ici. Limiter drastiquement l'accès à des permis durables, c'est se priver d'une main-d'œuvre

AB 2025 N 1735 / BO 2025 N 1735

qualifiée indispensable et aussi forcer des milliers de travailleurs à basculer dans la précarité. C'est ouvrir la porte au travail au noir, à l'exploitation, aux abus. Ce sera une aubaine pour les employeurs sans scrupules, un cauchemar pour l'État de droit et un poison pour la cohésion sociale.

Ce sera aussi un coup d'arrêt au dynamisme de nos entreprises, et ce, bien avant l'échéance de 2050. Aujourd'hui, plus de 50 pour cent de nos exportations vont vers l'Union européenne. Pour nos PME, ce chiffre grimpe à 90 pour cent. C'est grâce à la voie bilatérale choisie dès 1999 par notre pays et largement soutenue par notre population que nous avons une telle réussite. Rompre avec la libre circulation, c'est déclencher mécaniquement et dès maintenant la remise en question de tous les accords bilatéraux. Ce n'est pas une vague menace hypothétique ; c'est une froide réalité juridique. Cela signifie l'accès restreint aux marchés eu-



ropéens, la perte de compétitivité, les pénuries d'approvisionnement, et, à terme, le recul inéluctable de notre souveraineté économique que nous nous efforçons de défendre sans relâche dans cette enceinte même.

Croire que la Suisse pourra s'en sortir en se tournant vers les États-Unis, la Chine ou les Émirats arabes unis, c'est se nourrir d'illusions. Ces pays ne sont ni fiables, ni proches, ni ouverts de manière équitable à nos intérêts.

Nous ne savons pas si cette initiative freinera la croissance démographique, mais une chose est sûre : elle freinera notre prospérité avant même son entrée en vigueur, et certainement pas de manière cohérente. Les multinationales qui peuvent délocaliser continueront à prospérer, bien sûr, mais ce sont nos PME, nos services de proximité, nos filières de formation qui seront asphyxiés. Ce sont nos concitoyens, ici en Suisse, qui paieront le prix d'une économie privée de débouchés, d'un marché du travail déstabilisé, asséché, et d'un modèle de prospérité sacrifié sur l'autel d'une idéologie jusqu'au-boutiste.

Il ne faut pas s'y tromper, cette initiative s'inscrit dans la lignée des populismes d'extrême droite qui se répandent ailleurs, avec leur cortège de fausses promesses et de vraies divisions. Comme le trumpisme aux États-Unis, elle prétend reprendre le contrôle sur la migration, mais elle sème en réalité le chaos – le chaos économique, le chaos institutionnel, le chaos social. Elle nous coupe de nos voisins, elle s'attaque à nos valeurs humanistes, elle piétine nos engagements internationaux, elle floute l'avenir de nos PME et elle alimente la peur au lieu de proposer des solutions.

Mesdames et Messieurs, ce texte prétend protéger la Suisse ; la crue réalité est qu'il l'isole, l'appauvrit et la fragilise. Alors ensemble, recommandons le rejet de ce texte de l'UDC et rejetons tout contre-projet qui menace la stabilité, la prospérité et la cohésion sociale qui ont fait et font toujours la force de la Suisse.

Burgherr Thomas (V, AG): Seit rund zwanzig Jahren haben wir die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU. Seit gut zwanzig Jahren strömen also unbegrenzt Menschen in die Schweiz. Zwischen 2002 und 2023 waren es rund zwei Millionen EU-Bürger, die in die Schweiz kamen. Ich frage mich da schon, ob wirklich die Richtigen kommen. Landauf, landab fangen jetzt die Wirtschaftsverbände wieder an, über den sogenannten Fachkräftemangel zu jammern, und preisen die Personenfreizügigkeit als Lösung an. Wie kann es sein, dass wir trotz zwei Millionen neuen Leuten in der Schweiz nach zwanzig Jahren noch immer einen Mangel haben? Die Antwort ist einfach: Es kommen eben die Falschen.

Und die vielen, vielen Menschen brauchen Infrastrukturen und Dienstleistungen, die dann wieder von neuen Arbeitskräften errichtet und erbracht werden müssen. Das ist wie ein Schneeballsystem, das ist ein Teufelskreis. Das überfordert unsere Systeme, das Sozialsystem, das Bildungssystem, die Strassen und Züge, den Gesundheitsbereich und so weiter. Stellen Sie sich mal vor, welche Ansprüche und Bedürfnisse diese zwei Millionen Menschen haben. Sie brauchen Jobs, sie brauchen Strom, sie brauchen eine Abfallentsorgung, Sicherheit, Medizin, Bildung, Läden, Strassen und Züge. Die Infrastrukturen – das stellen Sie alle Tage fest – sind überlastet. Die Belastung ist gewaltig, und deshalb wachsen uns die Probleme mit der masslosen Zuwanderung auch über den Kopf.

Ich will Sie auch darauf aufmerksam machen, was die letzten zwei Jahre auf dem Arbeitsmarkt passiert ist: Nur schon in diesem ersten halben Jahr 2025 sind total 76 332 Personen in die Schweiz eingewandert, davon 56 169 aus dem EU/EFTA-Raum. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit, im August 2025 gab es über 132 000 Arbeitslose, davon etwa die Hälfte mit ausländischen Nationalitäten. Das sagt genug aus. Jetzt kommt es aber: Seit August 2024 ist diese Zahl um 20 751 Personen angestiegen. Das ist ein Zuwachs um 18,6 Prozent. Die Ausgesteuerten sind da noch nicht miteingerechnet. Von August 2023 bis 2024 ist diese Zahl ebenfalls um 20 000 Personen gestiegen. Der Mangel kann offenbar nicht so gross sein, wenn wir innert zwei Jahren 40 000 neue Arbeitslose haben. Wie kann das sein? Die Antwort ist einfach: Es kommen zu viele Menschen, und es kommen eben die falschen. Der Mangel wird nicht behoben, sondern durch die grosse und unbegrenzte masslose Zuwanderung noch befeuert.

Besonders Sorge bereitet mir der krasse Anstieg bei der Jugendarbeitslosigkeit. Von Juli bis August ist diese um 2126 Personen auf 13 600 Personen frappant angestiegen. Es geht hier um Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren. Das ist dramatisch. Wie kann es sein, dass diese Zahlen dermassen explodieren und wir eine Zuwanderung auf Rekordniveau haben, um angeblich den Fachkräftemangel zu beheben? Ich sage es nochmals: Es kommen die Falschen, und es kommen zu viele. Es findet auf dem Arbeitsmarkt eine Verdrängung statt. Es gibt Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Es findet eine Zuwanderung direkt und indirekt in die Sozialsysteme statt. Das müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln. Das sind wir unseren "Büezern" und unseren Jugendlichen schuldig. Wir sind es aber auch den langjährigen Steuerzahlenden und denen, die die Sozialwerke finanzieren, schuldig, dass wir hier Grenzen setzen und dass dem extremen Anstieg der Kosten in diesem Bereich infolge unbegrenzter Zuwanderung etwas entgegengesetzt



wird. Wir müssen unsere Zuwanderung steuern und begrenzen. Es gibt keinen anderen Weg. Wenn die Zuwanderung den Fachkräftemangel lindern würde, dürften wir mit den zwei Millionen Menschen, die seit dem Beginn der Personenfreizügigkeit gekommen sind, definitiv keinen Fachkräftemangel mehr haben. Dieses Märchen gilt als widerlegt. Unsere Initiative ist der Weg, den wir gehen müssen. Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Nantermod Philippe (RL, VS): Comme le disait notre excellent collègue Alex Farinelli, l'art de la politique, c'est trouver des solutions simples aux problèmes complexes. Cette initiative populaire, ce n'est rien d'autre que cela : c'est de chercher des solutions simples à des problèmes qui, admettons-le, sont complexes. Pourtant, la démographie croissante, c'est quelque chose de nécessaire dans une société qui vit. Une nation vitale ne peut vivre sans une augmentation de sa population. Nous avons besoin de plus de travailleurs, nous avons besoin de plus d'entrepreneurs.

Il n'y a pas de Suisse de 2050 si la Suisse de 2050 est la Suisse de 2025 figée dans le marbre, inscrite dans sa Constitution, comme le propose cette initiative populaire. La Suisse, depuis ses débuts, est fondée sur une volonté de croître, une volonté de développer ses infrastructures, de développer sa population et de permettre aux gens d'avoir un avenir meilleur.

Avec une initiative telle que l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions!", il n'y a pas de demain possible, puisque notre pays ne pourra compter finalement que sur son propre renouvellement démographique qui, comme nous le voyons depuis maintenant plus de 30 ans, ne permet pas un renouvellement de la population. Une nation qui ne croît pas, c'est une nation qui meurt à petit feu. Comment voulez-vous faire fonctionner les entreprises de Suisse ? Comment voulez-vous que les hôpitaux de Suisse fonctionnent sans l'immigration ? Comment voulez-vous qu'il puisse y avoir du renouvellement chez

AB 2025 N 1736 / BO 2025 N 1736

les médecins sans l'immigration ? Comment pouvons-nous imaginer que les infrastructures de Suisse soient construites si nous comptons uniquement sur la main-d'œuvre locale ?

Mesdames, Messieurs, la Suisse n'a d'avenir que dans le cortège des nations de l'Europe. Nous le savons depuis hier, mais nous le savons depuis plusieurs décennies. L'initiative qui vise à limiter l'immigration à 10 millions de personnes vise finalement à figer la situation telle qu'elle est aujourd'hui sans nous donner de possibilités de croître. Et, en dehors de la croissance, il n'y a pas d'avenir, comme je l'ai dit.

10 millions, pourquoi pas 8 ? Pourquoi pas 12 ?

Je suis un libéral et, comme libéral, j'aimerais quand même vous faire remarquer que nous pourrions très bien vivre dans un pays à 12 millions d'habitants. Il y a des villes dans notre monde qui comptent 12 ou 15 millions d'habitants et dans lesquelles on vit très bien. À l'inverse, il y a des villes en Suisse avec beaucoup moins que 10 millions d'habitants, dans lesquelles on vit très mal, où il y a peu d'infrastructures, où l'on manque de logements, où l'on manque d'infrastructures routières et de transports publics.

La quantité de personnes que peut recevoir un territoire ne dépend pas des décisions politiques, mais des infrastructures que nous pouvons mettre en place. Au cours des dernières années, la Suisse a malheureusement adopté un certain nombre de normes qui empêchent un développement harmonieux. Je pense par exemple à la loi fédérale sur l'aménagement du territoire, qui réduit considérablement la possibilité pour les cantons de développer les infrastructures en matière de logements comme elles devraient l'être pour pouvoir accueillir la population en place, mais aussi la population future. De la même manière, les décisions que nous avons prises en matière autoroutière imposent à la Suisse d'avoir des embouteillages à n'en plus finir. Il en va de même en matière scolaire, en matière de protection de la population. Si nous voulons avoir un développement harmonieux, qu'il soit à 8, à 10 ou à 12 millions de personnes, nous devons avoir des infrastructures adaptées et non pas des statistiques ou un Office fédéral de l'immigration qui limite le nombre de personnes en fonction des moyens, mais qui adaptent les moyens en fonction des besoins.

Enfin, cette initiative populaire, vous le savez toutes et tous, signifie la fin des accords bilatéraux. En réalité, l'initiative a été calibrée pour mettre fin aux accords bilatéraux. Selon les projections démographiques de l'Office fédéral de la statistique, nous devrions, en 2050, atteindre, 10,4 millions d'habitants, soit à peine plus que le seuil imposé par l'initiative. Or, à 10,4 millions d'habitants, ce sera juste assez pour imposer le mécanisme de dénonciation des accords bilatéraux et, finalement, juste trop peu pour appliquer cette initiative. La dénonciation des accords bilatéraux, c'est la fin des mécanismes qui ont permis la prospérité de notre pays au cours des 20 dernières années. Pourquoi, pour 400 000 personnes, un nombre somme toute relativement modeste, devrions-nous jeter à la poubelle des accords qui ont fait notre prospérité et qui la feront encore dans les années à venir ?



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2025 • Elfte Sitzung • 22.09.25 • 14h30 • 25.026
Conseil national • Session d'automne 2025 • Onzième séance • 22.09.25 • 14h30 • 25.026



Non, décidément, cette initiative n'a finalement que des inconvénients. Le seul avantage est de pointer un problème qui est bien réel, celui d'avoir des infrastructures qui ne suivent plus. Ce problème-là, on ne peut pas le mettre sur le dos de personnes qui viennent travailler et faire fonctionner notre pays, mais uniquement sur le dos de décisions mauvaises que nous prenons, quand nous ne voulons pas adapter les infrastructures aux besoins de notre pays.

Pour ces raisons, je vous invite à recommander le rejet de cette initiative.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr
La séance est levée à 19 h 00

AB 2025 N 1737 / BO 2025 N 1737

